

Landkreis Ebersberg

14. Wahlperiode 2014-2020/KSA/22. Kreis- und
Strategieausschuss



Protokoll

**22. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses mit öffentlichem Teil
am Montag, 13.11.2017 im Hermann-Beham-Saal im Landratsamt in Ebersberg**

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 16:50 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß, Walter Brilmayer
Schriftführerin: Gabriele Huber

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Brilmayer, Walter
Frick, Roland
Huber, Thomas

Vorsitz ab TOP 8 ö Mitte

ab 10:00 Uhr vertreten durch Herrn Johann
Schwaiger; anwesend ab 14:20 Uhr

Müller, Alexander
Ockel, Udo
Wagner, Martin

SPD-Fraktion

Böhm, Ernst Dr.
Hingerl, Albert

GRÜNE-Fraktion

Gruber, Waltraud
Oellerer, Reinhard

abwesend ab 16:43 Uhr

AG AfD-BP-ödp-parteilos

Eckert, Christian

Stellvertreter

Schwaiger, Johann

Vertretung von Herrn Thomas Huber;
abwesend ab 13:15 Uhr

Abwesend sind:

Freie Wähler-Fraktion

Reitsberger, Georg

entschuldigt

Robert Niedergesäß
Vorsitzender bis TOP 8 ö

Walter Brilmayer
Vorsitzender ab TOP 8 ö

Gabriele Huber
Schriftführerin

Inhalt:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 3 Wirtschaftsplan 2018 des Sondervermögens "Liegenschaften bei der Kreisklinik Ebersberg"
Vorlage: 2016/2810
- TOP 4 Wirtschaftsplan 2018 für die Kreisklinik gGmbH; Ausgleichszahlungen und andere Begünstigungen durch den Landkreis
Vorlage: 2016/2811
- TOP 5 Vorplanung Haushalt 2018 für das Teilbudget des Kreis- und Strategieausschusses
Vorlage: 2016/2812
- TOP 6 Haushalt 2018; Stellenplan 2018
Vorlage: 2016/2813
- TOP 7 Haushalt 2018; Beratungen über den Haushaltsentwurf, 1. Lesung
Vorlage: 2016/2814
- TOP 8 Finanzleitlinie; Langfristige Finanzplanung - Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 24.09.2017
Vorlage: 2017/2990/1
- TOP 9 Erweiterung des Angebots der Pflegeausbildung im Landkreis Ebersberg; Antrag CSU-FDP-Kreistagsfraktion vom 25.10.2017
Vorlage: 2017/3003
- TOP 10 Stationäres Hospiz für den Landkreis Ebersberg; Antrag CSU-FDP-Kreistagsfraktion vom 25.10.2017
Vorlage: 2017/3002
- TOP 11 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 12 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 13 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 14 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
-------	---

Der Landrat eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Gegen die Niederschrift der 21. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 09.10.2017 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

keine

TOP 3	Wirtschaftsplan 2018 des Sondervermögens "Liegenschaften bei der Kreisklinik Ebersberg"
-------	---

2016/2810

1/14/Haushalt Sov KK 2018

An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1, Zentrales und Bildung

Frau Keller stellt dem Gremium ihr Team Finanzen und Beteiligungen mit Frau Ana Stellmach, Sachgebietsleitung, Frau Simone Riedl, Frau Andrea Gottal und Herr Patrick Schmid vor.

Frau Keller erläutert den Sachverhalt zum Wirtschaftsplan 2018 des Sondervermögens des Landkreises anhand einer Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll).

Im Sondervermögen der Kreisklinik (Gebäude und Grundstücke) entsteht 2018 ein Verlust in Höhe von 147.347 €.

Grund hierfür seien die Abschreibungen, die nicht erwirtschaftet sondern gegen das Eigenkapital gebucht würden. Beim Landkreis entstehe keine Zuschusspflicht.

Die im Kreishaushalt dargestellte Abschreibung betreffe die vor dem 01.01.2002 gegebenen Investitionszuschüsse bis Bauabschnitt 3b, die ertragswirksam aufgelöst werden müssen.

Der vom Landkreis zu finanzierende Nettobedarf betrage im Jahr 2018 insgesamt 482.000 € (der die Kreisumlage belaste).

Die Erbpachtzinsen für die Strahlentherapie in Höhe von 32.000 € werden direkt im Sondervermögen ausgewiesen und von dort an die Kreisklinik weitergeleitet und der Klinik für Marketingmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

KR Albert Hingerl erkundigt sich nach der Laufzeit der Abschreibung. Frau Keller, die während der Sitzung Herrn Köller von der Kreisklinik kontaktierte, könne hierzu mitteilen, dass die letzte Afa im Jahr 2033 gebucht werde.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2018 des Sondervermögens „Liegenschaften bei der Kreisklinik Ebersberg“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Beschlussfassung erfolgt zusammen mit dem Kreishaushalt 2018.



einstimmig angenommen

TOP 4	Wirtschaftsplan 2018 für die Kreisklinik gGmbH; Ausgleichszahlungen und andere Begünstigungen durch den Landkreis
-------	--

2016/2811

1/14/Beteiligungen/KK/HH 2018

An der Beratung nahmen teil:

Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1, Zentrales und Bildung
Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Frau Keller erläutert den Sachverhalt der Ausgleichszahlungen und anderen Begünstigungen durch den Landkreis anhand einer Präsentation (Anlage 2 zum Protokoll).

Nach § 11 der Satzung der Kreisklinik gGmbH unterliege der Wirtschaftsplan keiner beschlussmäßigen Behandlung durch die Gesellschafterversammlung. Die Aufgabe des Kreistages sei lediglich die Transferzahlungen zu genehmigen.

Die Kreisklinik stelle folgende Anträge im Zusammenhang mit dem Betrauungsakt im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2018:

- Zinslose Verpachtung der Grundstücke
- Verlustausgleich (sollten auch in den Folgejahren Verluste erwirtschaftet werden, so wäre im Jahr 2020 der Verlust des Jahres 2015 in Höhe von 2.187.369,64 € vom Gesellschafter –Landkreis- auszugleichen.
- Bürgschaftserklärung (2018 könne die Bürgschaft vom 09.05.2005 in Höhe von 9.000.000 € zurückgegeben werden, sodass sich die Summe der Bürgschaftserklärungen auf 80.221.226 € reduziere)
- Unterstützung von Marketingmaßnahmen (2018 in Höhe von 32.000 €)
- Änderung der Eigenbeteiligung (Zuschüsse des Landkreises erhöhen sich für BA 8 und BA 9)
- Sanierung Personalwohnbau 3 (gefördert werden 30 % der Baukosten und 30 % des Bodenrichtpreises – Gesamtförderung von 50 % der tatsächlichen Baukosten nicht unwahrscheinlich). Botschaft des Verwaltungsrates der WBE gKU laute, es bestehe Interesse an einer Realisierung, wenn das Vorhaben günstig, zügig und standardisiert mit bewährten Partnern umsetzbar sei.
- Von-Scala-Haus (2018 solle das Projekt von der Warteliste genommen und 2019 im Haushalt eingeplant werden)

- Neubau Zentrale Notaufnahme (eine belastbare Kostenschätzung gebe es hier noch nicht; vorsorglich werde mit einer Bausumme von ca. 10 Mio. € geplant, wobei eine Förderung der Regierung mit 7 Mio. € berücksichtigt werde. Die Maßnahme solle auf die Warteliste genommen und 2018 beim Gesellschafter beraten werden)

Auf der Warteliste steht derzeit ein Betrag von 5 Mio. € für „diverse Baumaßnahmen“ von der Kreisklinik. Mit der Herunternahme dieser Position können voraussichtlich beide Maßnahmen im Haushalt eingeplant werden. Die zentrale Notaufnahme müsse dann nicht auf die Warteliste gesetzt werden.

Von Seiten des Gremiums bestehe Sorge, dass der Gesellschafter (der Landkreis) Verluste der Klinik übernehmen müsse, wenn diese nicht innerhalb von fünf Jahren durch entsprechende Gewinne ausgeglichen werden können. Es bestehe eine gewisse Verwunderung über den Satzungstext, durch den der Landkreis in eine gewisse Zwangshaftung komme. Es stelle sich auch die Frage, wie die Verluste nachvollzogen werden könnten und ob es ein gewisses Controlling gebe, um rechtzeitig die „Reißleine“ ziehen zu können.

Frau Keller erklärt, dass bisher die Liquidität der Kreisklinik nie gefährdet gewesen sei. Frau Keller und ihr Team recherchieren im Rahmen der Beteiligungsrichtlinie des Kreistags (Beteiligungsverwaltung) regelmäßig. Sollten sich Sachverhalte in eine nicht gewünschte Richtung entwickeln, würde sie sofort auf den Kreistag zukommen. Des Weiteren seien Mitglieder des Kreistages im Aufsichtsrat der Klinik vertreten, die über die Bedarfe der Klinik entscheiden. Dieser habe die Aufsicht über die Geschäftsführung der Klinik und arbeite mit dieser eng zusammen.

Der Landrat erklärt, dass der Verlust im Jahr 2015 auch mit Personalmehrungen zusammenhänge. Dies sei für die optimale pflegerische Versorgung der Bürger unabdingbar. Der Bund müsse hier gegenüber den Kliniken Sorge tragen, dass diese vernünftig finanziert werden. Der Bayerische Landkreistag stehe hinter den Kliniken. Die Kliniken hätten auch regelmäßige Ausstände, da die Versicherungen öfters zeitverzögert zahlen. Dies wurde bereits im Aufsichtsrat kritisch diskutiert.

KR und Aufsichtsratsmitglied der Kreisklinik Reinhard Oellerer erklärt, der Aufsichtsrat sei verpflichtet, dem Kreistag wichtige Informationen mitzuteilen. Wenn ein Kreistagsmitglied das Bedürfnis habe, einen Punkt zu klären, müsse dieser hierüber beim Kreistag einen Beschluss herbeiführen.

KR Albert Hingerl bittet um Aushändigung der Satzung, damit er sich diese mittags durchlesen könne. Es sei ihm ein persönliches Bedürfnis, sich darüber zu informieren und habe nichts mit Misstrauen gegenüber dem Aufsichtsrat zu tun.

Auf die Frage von KR Udo Ockel, ob jemals Verluste ausgeglichen werden mussten, antwortet Frau Keller, nein, es wurden Verluste geschrieben, aber im Laufe folgender Jahre durch die Kreisklinik stets ausgeglichen.

Der Landrat erklärt, dass, wenn es bundespolitisch so weiterginge, er dies nicht ausschließen möchte. Die neue Bundesregierung müsse die Kliniken besser ausstatten, um die Bürger optimal medizinisch versorgen zu können.

KRe Reinhard Oellerer und Alexander Müller erkundigen sich, wieso sich der Anteil des Freistaates beim Bauabschnitt 8 von Plan 2017 12.875.000 € auf Plan 2018 10.637.000 € reduziert habe; ob dies an den Planungen liege (die nicht förderungsfähig seien) oder an den Förderrichtlinien.

Herr Neugebauer werde sich bei der Klinikleitung erkundigen und die Antwort als Protokollnotiz anfügen.¹ (sh. Protokollnotiz)

Der Landrat könne zum Bauabschnitt 9 vermelden, dass dieser voraussichtlich um 1 Mio. € günstiger werde als geplant. 80 % der Leistungen seien bereits vergeben.

KR Albert Hingerl erkundigt sich, wer Bauherr beim Personalwohnbau sei. Frau Keller erklärt, dass der Landkreis nicht der Bauherr sei. Der Landrat ergänzt, es müsse erst das Verfahren geklärt werden.

KR und Bürgermeister Walter Brilmayer teilt mit, dass sich morgen der Technische Ausschuss mit dem Personalwohnbau beschäftige. Er macht auf einen Fehler in der Folie 12 aufmerksam, in der es statt ‚Kinder‘-, Krankenpflege heißen müsse.

Der Landrat erklärt zum geplanten Ärztehaus in der von-Scala-Straße, dass hier ein 3 ½ stöckiger Bau geplant sei. In den Stockwerken sei angedacht, eine ambulante psychosomatische Abteilung (die Finanzierung übernehme der Bezirk), eine Krankenpflegeschule, Arztpraxen, eine Apotheke sowie Räumlichkeiten für die Geschäftsführung unterzubringen. Der Landkreis sei aktuell mit ca. 2 Mio. € dabei.

Auf die Frage von KR Dr. Ernst Böhm erklärt der Landrat, dass der Bezirk in Kooperation mit verschiedenen Kliniken gehe, um Psychosomatik vor Ort anbieten zu können.

KR Dr. Ernst Böhm finde die Kooperation sinnvoll. Ihm stelle sich die Frage, was heute anders sei, um die Planung für ein Ärztehaus zu rechtfertigen, nachdem es vor einigen Jahren nicht zustande kam. Der Landrat erklärt, dass nach seiner Einschätzung die Kommunikation zwischen dem damaligen Investor und den Ärzten die Situation vor Ort nicht optimal war. Es bestehe jetzt ein reales Interesse der Ärzte für eine Etage.

Auf die Einwände von KR Dr. Ernst Böhm, die hierfür angedachten 2 Mio. € auch in den Haushalt aufzunehmen erklärt der Landrat, dass diese in den 5 Mio. € „diverse Maßnahmen Gesamtprojekte“ enthalten sei. Frau Keller ergänzt, dies sei nur ein Merkposten für den Haushalt und die Warteliste.

Frau Keller schlägt vor, wenn Konsens im Gremium bestehe, die Ziffer 3 „Die Maßnahme ‚Von-Scala-Haus‘ soll 2019 von der Warteliste genommen werden“ und Ziffer 4 „Die Maßnahme ‚Neubau Zentrale Notaufnahme Kreisklinik‘ wird auf die Warteliste gesetzt“ zu streichen, da diese Maßnahmen bereits im Beschluss (Gesamtmaßnahme/diverse Maßnahmen) enthalten seien.

¹ Protokollnotiz: Antwort von Geschäftsführer Stefan Huber:

Die Kreisklinik erhielt eine Höchstsatzförderung. Diese wird mit einem Prozentsatz der förderfähigen Kosten definiert und liegt hier bei knapp über 80 %.

Die Kreisklinik hatte insgesamt eine Reduktion der Baukosten erreichen können, was grundsätzlich erstrebenswert ist. Leider sind aber an der Kreisklinik die Architekten- und Planerhonorare aufgrund der sehr alten und noch immer gültigen Verträge aus den 90er Jahren unverhältnismäßig hoch. Hier werden wesentlich weniger Kosten gefördert, als der Kreisklinik tatsächlich entstehen. Daher die Erhöhung des Eigenanteils.

Die Förderbehörde hat ihre Förderung gem. den gesetzlichen Vorschriften vollständig umgesetzt und ausbezahlt.

Das Gremium ist damit einverstanden und der Landrat stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 1. Der Wirtschaftsplan 2018 der Kreisklinik Ebersberg gGmbH mit den Ausgleichszahlungen und anderen Begünstigungen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) im Landkreishaushalt wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Im Kreishaushalt werden für das Jahr 2018 folgende Zuschussbescheide geplant und in Aussicht gestellt:**

BA 8: 942.084 €

BA 9: 3.000.000 €

Die tatsächliche Abrechnung erfolgt nach Verwendungsnachweisen.



einstimmig angenommen

TOP 5	Vorplanung Haushalt 2018 für das Teilbudget des Kreis- und Strategieausschusses
-------	--

2016/2812

1/14/HH 2018/ Teilbudget KSA

An der Beratung nahmen teil:

Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1; Zentrales und Bildung

Erich Hanslmayer, SG-Leiter 11, Bildung und IT

Frau Keller erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 3 zum Protokoll).

Für den Teilhaushalt des Kreis- und Strategieausschuss werden im Haushalt 2018 Mittel in Höhe von netto 8.607.877 € eingeplant, was um 398.596 € über dem Haushaltsansatz des Vorjahres liege.

Für Investitionen würden im Teilhaushalt 2018 insgesamt 3.191.361 € eingeplant.

Zur Folie 6 der Präsentation schlägt KR Alexander Müller vor, die Erläuterung zu Laufzeit/Kündigung von ‚Insolvenz beendet‘ in ‚Grundlagesatzung‘ auszubessern.

Folgende Punkte werden im Gremium angesprochen:

Es stünde im Widerspruch, wenn in diesem Tagesordnungspunkt über Personalmehrung im Teilhaushalt gesprochen werde und danach erst der Stellenplan komme. Wünschenswert wäre eine Aufgabenbeschreibung der Stellen zu bekommen (KR Albert Hingerl). Frau Keller erläutert den Sachverhalt der Stellenmehrung (Folie 3), die durch eine Teamassistenz im Vorzimmer von Abteilung 1 sowie 1 Stelle im Personalservice (durch die Zunahme der dortigen Aufgaben) bedingt sei. Dies seien zwei neue Stellen im Jahr 2017. Die Stellen für das Jahr 2018 seien hier nicht eingeplant.

KR Alexander Müller erkundigt sich nach dem Stand des ‚papierlosen Büros‘ im Landratsamt und dessen evtl. Auswirkung auf Kostenersparnis beim Papierverbrauch. Herr Hanslmayer erklärt, dass die vorhandene EDV in der Liegenschaft des Kreissparkassengebäudes vom Landratsamt technisch nicht verwendet werden könne. Eine grobe Kostenermittlung ergab eine Summe von ca. 940.000 €, denn im KSK-Gebäude fange man EDV-mäßig bei Null an. Zum ‚papierlosen Büro‘ könne er mitteilen, dass das Landratsamt eines der ersten war, die im Jahr 2003 bereits digital kopiert hätten. Es handle sich bei den Kopierern um Multifunktionsgeräte mit sämtlichen hierfür benötigten Funktionen. Seine Erfahrung sei allerdings, dass der Papierausstoss mehr werde. Hier entgegenzuwirken sei Aufgabe der Amtsleitung.

Die Summen von Sitzungsvorlage, Präsentation und Vortrag stünden im Widerspruch (KR Reinhard Oellerer). Frau Keller erklärt, dass in der Sitzungsvorlage mehrere Posten aufgeführt seien, in Summe belaufen sich die Kosten der EDV auf 1,4 Mio. €. Herr Hanslmayer fügt ergänzend hinzu, dass mit 1,126 Mio. € der größte Posten die Sanierung im KSK-Gebäude sei. Der Rest sei für die EDV im Landratsamt unabhängig vom Umzug.

Der Landrat schildert die Diskussion im letzten LSV-Ausschuss, bei der einige Dinge gestrichen wurden, obwohl diese wünschenswert gewesen seien. Für die Tiefgaragensanierung wurde eine Kaufpreisminderung von 500.000 € vereinbart, was im Ergebnis dem groben Schätzwert von 550.000 € entspreche.

Die Kosten für den Brandschutz sollten jetzt durchgerechnet werden. Dieser dürfte in einem 6-stelligen Bereich liegen (KR Dr. Ernst Böhm). Der Landrat erklärt, dass das Liegenschaftsamt an diesem Thema dran sei.

Nachdem es keine weitere Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Für den Teilhaushalt des Kreis- und Strategieausschusses (26 Budgets) werden im Haushalt 2018 Mittel in Höhe von netto 8.607.877 € eingeplant.

Bei den Investitionen werden im Haushalt 2018 insgesamt 3.191.361 € eingeplant.



einstimmig angenommen

TOP 6	Haushalt 2018; Stellenplan 2018
--------------	--

2016/2813

1/12/Stellenplan 2018

An der Beratung nahmen teil: Margrita Schwanke-Berner; SG-Leitung 12; Personalservice
Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1; Zentrales und Bildung
Dr. Sandra Köller, Abteilungsleitung 3; Öffentliche Sicherheit, Gemeinden
Andreas Wenzel, SG-Leitung 33, Öffentliche Sicherheit, Gemeinden
Florian Robida, stellvertretende Abteilungsleitung 6, Jugend, Familie und Demografie

Frau Schwanke-Berner erläutert den Sachverhalt des Stellenplans 2018 anhand einer Präsentation (Anlage 4 zum Protokoll).

Im Haushalt 2018 seien zusätzlich Personalkosten einzuplanen, was den Ergebnisüberschuss des derzeitigen Haushaltsentwurfs reduziere, soweit es nicht gelänge, weitere Kürzungen vorzunehmen.

Bei Genehmigung der 10 Stellen (oder 11, falls das Sachgebiet öffentliche Sicherheit 2 Stellen genehmigt bekomme) seien lediglich Personalkosten für 7 Stellen zusätzlich einzuplanen. Bei Umsetzung dieses Vorschlags wären dies im Haushalt 2018 zusätzlich 200.735 €.

Die „Fachkundige Stelle Wasserwirtschaft“ werde nicht befürwortet, da dies eine Staatsaufgabe sei. Sollte der Landkreis hier eine Stelle schaffen, sei dies das falsche Signal an den Staat, staatliche Aufgaben durch Kreisbedienstete zu erfüllen.

Der Landrat begrüßt zur Diskussion die anwesende Frau Dr. Sandra Köller (Abteilungsleitung 3), Frau Karin Stanuch (Vorsitzende des Personalrats) und Herrn Andreas Wenzel (SG-Leitung 33).

Persönlich befürworte er die beiden Stellen für SG 33. Er bittet Frau Dr. Köller, dem Gremium die näheren Umstände zur Stellensituation im SG 33 zu berichten.

Seit Jahren steige dort die Arbeitsbelastung. Der Personalstand sei seit 1999 unverändert geblieben während die Einwohnerzahl des Landkreises auf nunmehr über 140.000 Einwohner angestiegen sei.

Der Bereich der öffentlichen Sicherheit sei sehr breit gefächert: Vom Jagdrecht, Gewerbeamt, bis zum Vollzug der Fachstellen Veterinäramt und Gesundheitsamt. Vom Gesundheitsamt werde stärkere rechtliche Unterstützung u.a. im Bereich der Legionellen-Bekämpfung gefordert.

Im Sicherheitsrecht sei in den letzten 5 Jahren eine Verdoppelung der Unterbringungszahlen (von 80 auf 180 Fälle pro Jahr) zu verzeichnen. Da diese Fälle grundsätzlich dringend seien, blieben derzeit weniger dringende Fälle, wie z.B. Gaststättenkontrollen, Bußgeldverfahren liegen.

Auf Nachfrage von KR Albert Hingerl, ob die Stelle zu 70 % oder 100 % besetzt werde, erklärt Frau Dr. Köller, es handle sich um 1 ½ Stellen, wobei eine ½ Stelle die kommunale Aufsicht betreffe.

KR Albert Hingerl schlägt vor, diese vorerst mit einer Reservestelle zu besetzen.

KR Reinhard Oellerer erklärt, dass er sich wundere, wieso die Stelle im Wasserrecht abgelehnt und hier eine Option ermöglicht werde. Er sehe die Wichtigkeit im Wasserrecht ebenso wie im Bereich der öffentlichen Sicherheit.

Frau Schwanke-Berner erklärt, dass die Regierung (nach Rückfrage) keine weiteren Stellen für Staatsbeamte genehmige. Frau Keller teilt mit, dass im Landratsamt 60 % der Aufgaben Staatsaufgaben seien. Der Landkreis trage hier Kosten für Staatsaufgaben mit einem jährlichen Defizit von mehr als 2 Mio. €.

KR Christian Eckert regt eine Telefonbereitschaft für Sicherheitsfragen, als Serviceleistung, an. Die Sicherheit solle nicht Freitagmittag aufhören.

Der Landrat erklärt, dass es bereits eine Rufbereitschaft in den Bereichen Wasserrecht, im Gesundheitsbereich und im Jugendamt gebe.

Frau Dr. Köller ergänzt, die Polizei könne verantwortlich bei Unterbringungen und Versammlungen handeln. Ebenso sei die Leitstelle bei Katastrophenszenarien immer erreichbar.

KR Alexander Müller merkt an, durch den Aufbau einer Teamleitung werde die Sachgebietsleitung zusätzlich hierarchisch gesteigert.

Frau Dr. Köller erklärt, es handle sich hier um Überlegungen für die Zukunft. Es sei angedacht eine sogenannte Schnittstelle zwischen Verwaltung und Fachstelle für den Vollzug zu schaffen.

Herr Wenzel sehe auch das Ziel der Bürgerfreundlichkeit, indem präventiv gearbeitet werde. Der Katastrophenschutz solle ausgebaut werden. Des Weiteren wurde Mehrarbeit mit massiven Überstunden kompensiert.

KR Dr. Ernst Böhm könne den Bedarf der Stellenmehrung ohne Lieferung von Fallzahlen, Jahresvergleichen und Vergleichen zu anderen Landkreisen (Benchmarks) nicht einschätzen. Wenn der Landkreis um jährlich 1 % wachse, könne der Haushalt nicht um 6 % steigen. Er habe den Wunsch, mehr Zahlen und Fakten zu bekommen. Benchmarks zu anderen Landratsämtern im Vergleich zu den Einwohnerzahlen wünsche sich auch KR Alexander Müller. Frau Keller erklärt, dass dies hausintern geschehe. Es fänden Vergleiche mit dem Innovationsring in vielen Aufgabenbereichen statt. Wenn es solche Vergleiche gäbe, dann müsse das Sachgebiet diese liefern. Das zentrale Controlling könne darüber in einer nichtöffentlichen Sitzung berichten.

Frau Dr. Köller teilt mit, dass das interne Controlling beide Stellen befürwortet habe.

KR Albert Hingerl erklärt, er sei nicht bereit, die Rolle des „Schiedsrichters“ zwischen Verwaltung und Sachgebieten zu spielen.

Der Landrat teilt mit, dass dies erstmals in dieser Form stattfände. Dem Gremium sollte die Möglichkeit gegeben werden, darüber zu beraten. Er stehe hinter diesem Stellenantrag.

Auf die Nachfrage von KR Reinhard Oellerer erklärt Herr Wenzel, dass die Steigung der Fallzahlen der Unterbringungen auch aufgrund von Asyl (Traumatisierungen, enge Unterkünfte) zurückzuführen sei.

Zu den Stellen Bürgerbüro schlägt KR Alexander Müller vor, im Gebäude LRA-Eichthalstraße Personal am Empfang einzusparen. Diese Stelle könne evtl. auch durch Einrichtung einer Funkweitschaltung zum Gebäude LRA-Sparkassenplatz kompensiert werden.

Der Landrat erklärt, dass es im Gebäude LRA-Eichthalstraße auch publikumswirksame Bereiche, wie das Jugendamt gebe. Es solle weiterhin auch hier einen Empfang mit einer Person geben, evtl. auch mit einer Videoüberwachung.

Auf die Nachfrage von KR Albert Hingerl erklärt der Landrat, dass die Namen der beiden Gebäude noch nicht feststünden, dies brauche noch Zeit. Bisher sei geplant, bis Ende 2018 umzuziehen.

Der Landrat geht die einzelnen Stellenanträge durch und bittet um Bewilligung der Stellen für

- den Bürgerservice und
- Social Media. Über die Social-Media-Netzwerke könne mit den (jüngeren) Bürgern im Landkreis besser kommuniziert werden und bei Krisen erhielten die Menschen schnell Informationen.

KR Reinhard Oellerer schlägt vor, erst mit einer ½ Stelle zu beginnen, die nach oben offen wäre. Von Vorteil sei eine Besetzung mit zwei Halbtagskräften, die sich gegenseitig bei Krankheit/Urlaub vertreten könnten.

KR Albert Hingerl sehe den dringenden Bedarf, für die Stelle des Social Media Managers ein Konzept zu erarbeiten. Dieses sollte auch den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Der Landrat sagt zu, das bereits in Vorbereitung befindliche Konzept im Rahmen einer Bürgermeisterdienstbesprechung vorzustellen.

KR Udo Ockel erklärt, dass er ein Problem mit dieser Stelle habe. Wichtig sei der Inhalt, der in diese Netzwerke eingestellt würde und den müsse der Landrat liefern. Einstellen könne es dann ein Mitarbeiter des Landratsamtes.

- Finanzmanagement; Steuerfachkraft: Dies sei eine Halbtagsstelle, die im II. Quartal 2018 besetzt werde.
- Fachkraft Naturschutz

KRin Waltraud Gruber sei sehr froh über die Schaffung dieser Stelle, die im Jahr 2005 abgeschafft wurde und die sie seit zwölf Jahren einfordere.

- Bezirkssozialarbeit; Herr Robida erklärt, dass dieser Bereich gemäß der stattgefundenen Personalbemessung dringend verstärkt werden müsse.
- Jugendsozialarbeit (Schulsozialarbeit für Gemeinde Vaterstetten: 0,5 VZÄ); Herr Robida erklärt, dass diese Stelle kostenneutral für den Landkreis sei.

KR und Bürgermeister Walter Brilmayer stellt fest, dass diese Aufgabe von der Stadt Ebersberg für deren Grund- und Mittelschule erfüllt werde.

Folgendes wird in der anschließenden Diskussion angesprochen:

Die Stelle werde, sollten mehrere Gemeinden auf das Jugendamt zukommen, nicht mehr kostenneutral bleiben. Sollten fünf und mehr Gemeinden auf das Jugendamt zukommen, müsste dort eine zusätzliche Stelle (Overhead) geschaffen werden.

KR und Bürgermeister Albert Hingerl sehe hier die Schaffung eines Präzedenzfalls.

KR und 2. Bürgermeister von Vaterstetten Martin Wagner erklärt, dass die Gemeinde Vaterstetten mit dieser Aufgabe keine gute Erfahrung gemacht habe, daher möchte die Gemeinde dem zuständigen Landratsamt diese Aufgabe zurückgeben. Zudem sei das Jugendamt hierfür auch rechtlich zuständig. Hier gab es eine Änderung der Vorgaben, künftig müssen diese Stellen an den Jugendämtern angesiedelt werden. Für Bestandsfälle gelte eine Übergangslösung bis 2019.

Herr Robida bestätigt, dass die Gemeinde Vaterstetten diesbezüglich auf das Jugendamt zukam.

KR Alexander Müller sehe durch diesen Aspekt ein Problem en bloc abzustimmen.

KR Dr. Ernst Böhm merkt an, in der Finanzleitlinie die Anzahl der Stellen als Strategiehebel für einen Zeitraum von 5 Jahren vorzugeben. Stellen, die darüber hinausgingen, sollten begründet werden. Der Landrat könne sich vorstellen, dies als ein Instrumentarium „Relation Wachstum des Landkreises und Anzahl der Stellen“ mitaufzunehmen.

Der Landrat schlägt dem Gremium vor, die Stelle der Jugendsozialarbeit in einer der Bürgermeisterdienstversammlung und eventuell auch nochmals im Kreis- und Strategieausschuss zu erläutern.

Frau Keller erklärt, diese Stelle, gegebenenfalls aus dem Reservepool zur Verfügung zu stellen.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag getrennt zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgende Beschlüsse:

1. Abstimmung über folgende beantragte neue Stelle:

Stelle 6.86 Jugendsozialarbeit (Schulsozialarbeit für Gemeinde Vaterstetten:

1 Stelle: Besetzung 0,5 VZÄ)



abgelehnt

9 Stimmen dagegen

3 Stimmen dafür

Somit gilt die Stelle als abgelehnt.

2. Abstimmung über folgende 10 weitere beantragte neuen Stellen:

Stellen 12.14 und 12.15 Bürgerservice (2 Stellen)

Stelle 11.29 Registratur/Poststelle (1 Stelle)

Stelle BL.9 Fachkraft „Social Media“ (1 Stelle)

Stelle 14.8 Finanzmanagement (Steuerfachkraft) (1 Stelle)

Stelle 33.17 Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Gemeinden (Sachbearbeitung zur Unterstützung in kommunalrechtlichen Angelegenheiten, Sicherheitsrecht – (2 Stellen)

Stelle 45.11 Naturschutz und Landschaftspflege (1 Fachkraft Naturschutz)

Stelle 6.85 Bezirkssozialarbeit (1 Stelle sozialpädagogische Fachkraft)

Stelle 6.87 KoKi (1 Stelle Kinderkrankenschwester- Besetzung 0,38 VZÄ)

werden genehmigt.

3. Es werden 4 Asylstellen und 1 Beamtenstelle 12.23 eingezogen.

4. Die Stellen 12.24 – 12.26 (3 weitere Reservestellen) werden genehmigt und im Personalservice ausgewiesen. Haushaltsmittel werden nicht veranschlagt.

5. Der haushaltsrechtliche Stellenplan 2018 des Landkreises wird auf Grundlage des vorgelegten Entwurfes (ohne die Stelle 6.86 Jugendsozialarbeit - Schulsozialarbeit für Gemeinde Vaterstetten) verabschiedet.

Die Beschlussfassung darüber erfolgt zusammen mit dem Kreishaushalt 2018.



einstimmig angenommen

Für eine Mittagspause schließt der Landrat um 13:15 Uhr die Sitzung.

Der Landrat eröffnet um 14:20 Uhr wieder die Sitzung.

TOP 7	Haushalt 2018; Beratungen über den Haushaltsentwurf, 1. Lesung
-------	--

2016/2814	1/14/HH 2018
Vorberatung	ULV-Ausschuss am 27.09.2017, TOP 6 Ö SFB-Ausschuss am 04.10.2017, TOP 6 Ö Jugendhilfeausschuss am 12.10.2017, TOP 4 Ö LSV-Ausschuss am 18.10.2017, TOP 3 Ö Kreis- und Strategieausschuss am 13.11.2017, TOP 5 Ö
An der Beratung nahmen teil:	Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1, Zentrales und Bildung

Frau Keller erläutert den Sachverhalt sowie das Ziel der heutigen Beratung anhand einer Präsentation (Anlage 5 zum Protokoll):

- Die Ergebnisbudgets der Teilhaushalte sollen heute festgelegt werden, damit für die zweite Lesung ein Haushaltsentwurf vorgelegt werden könne.
- Die Investitionen (einschließlich Warteliste) sollen festgelegt werden, damit für die zweite Lesung der künftige Schuldendienst aktualisiert werden könne.

Die Schulden des Landkreises betragen 409 € pro Einwohner (Stand: 31.12.2015).

Die Verschuldung kann sich 2018 nochmals entspannen und auf 48 Mio. € sinken. Dies sei von folgenden Faktoren abhängig:

- Ein möglichst hoher Ergebnisüberschuss (über 9 Mio. €)
- Investitionstätigkeit v.a. im Schulbereich
- Entwicklung der Liquidität
- Der Aufbau der Verschuldung sei in der Finanzplanung derzeit wie folgt abgebildet:

2018: 6 Mio. €, 2020: 15 Mio. €, 2021: 20 Mio. € Summe: 41 Mio. €

Damit werde die Verschuldung bis Ende 2021 wieder auf 69,3 Mio. € ansteigen.

Der Haushalt des Landkreises weise aktuell einen Ergebnisüberschuss von 9.090.300 € aus. Dieser Überschuss werde von folgenden Faktoren beeinflusst:

- (Pauschal-)Kürzungen in den Teilhaushalten von über 2 Mio. €
- Unveränderte Höhe der Kreisumlage bei 47,5 %.
- Vorläufige Planung der Schlüsselzuweisungen, Krankenhausumlage und sonstige FAG-Zuweisungen, endgültige Daten auf Basis der Einwohnerzahlen zum 31.12.2016 erst Mitte Februar 2018 verfügbar.

Mit dem Überschuss von 9 Mio. € können von den 24,8 Mio. € Investitionen im Kreishaushalt 2018 knapp 36 % über geplante Eigenmittel finanziert werden. Die restlichen 64 % müssen und können aus den Liquiditätsreserven des Kreishaushalts finanziert werden.

Frau Keller erläutert, je mehr Überschüsse im Haushalt erzielt würden, umso entlastender wirke es sich auf die Verschuldung aus. Der Landrat schlägt vor, in der Darstellung (Folie 62) eine „Kurve“ mit der realen Planung einzuzeichnen.

Auf Nachfrage von KR Albert Hingerl teilt Frau Keller mit, dass bis zur nächsten Sitzung eine detaillierte Übersicht der Investitionen zu den jeweiligen Fachausschüssen erstellt werde.

KR Dr. Ernst Böhm merkt an, dass die geplanten Gastschulbeiträge in Höhe von 15 Mio. € eine Anzahlungsschuld des Landkreises Münchens sei und somit als Vorauszahlung auf die Passivseite der Bilanz geschrieben werden müsste. Frau Keller erklärt, dass es sich hierbei im Prinzip um einen „Zuschuss“ handle, der sich auflöst.

Der Landrat bedankt sich bei Frau Keller und deren Team Frau Stellmach, Frau Riedl und Herrn Schmid für die Vorarbeit.

KR Albert Hingerl merkt an, in Anbetracht des Masterplans Schulen sei das Ziel noch nicht erreicht, wenn der Kreishaushalt 9 Mio. Ergebnisüberschuss ausweise, aber 10 Mio. € benötige. Der Landrat erklärt, mit den Steuerprognosen könne man vermuten, dass es keinen Einbruch geben werde und es nicht ausgeschlossen sei, dass am Jahresende doch 10 Mio. erwirtschaftet werden.

KR Thomas Huber sehe ebenfalls die große Herausforderung durch den Masterplan Schulen. Seit dem Jahr 2014 wurde die Kreisumlage nach unten angepasst. Seit den letzten 10 Jahren hatten wir im Jahr 2017 die niedrigste Kreisumlage trotz gestiegener Sozialausgaben. Mit 47,5% Kreisumlagepunkten könnte ein Ergebnisüberschuss von 9 Mio. € erzielt werden. Der Landkreis brauche aber einen Überschuss von 10 Mio. €. Die Diskussion solle dahingehend geführt werden, was der Landkreis an Entlastungsmöglichkeiten brauche.

Frau Keller erklärt, dass die Bezirksumlage auch in den nächsten Jahren steigen werde.

Nach der Beratung stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Die Fachausschüsse erhalten folgende Teilbudgets:

- a) Dem Kreis- und Strategieausschuss wird ein Teilbudget in Höhe von 8.607.877 € zur Verfügung gestellt.**
- b) Dem LSV-Ausschuss wird ein Teilbudget in Höhe von 12.184.808 € zur Verfügung gestellt.**
- c) Dem ULV-Ausschuss wird ein Teilbudget in Höhe von 5.323.366 € zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus plant der Teilhaushalt der Kommunalen Abfallwirtschaft (Kostenrechnende Einrichtung) ein ausgeglichenes Ergebnis von 0 €.**
- d) Dem Jugendhilfeausschuss wird ein Teilbudget in Höhe von 12.873.234 € zur Verfügung gestellt.**
- e) Dem SFB-Ausschuss wird ein Teilbudget in Höhe von 17.107.969 € zur Verfügung gestellt.**

- 2. An Investitionen werden im Haushalt 2018 Mittel in Höhe von 24.776.829 € eingeplant.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 04.12.2017 den Haushalt 2018 unter Berücksichtigung der Korrekturen (plus die zusätzlichen Stellenanforderungen Plan 2018 mit 200.735 € aus TOP 6 ö; – außer die Stelle 6.86 Jugendsozialarbeit –Schulsozialarbeit für Gemeinde Vaterstetten) zu erstellen und die Haushaltssatzung vorzubereiten.**



einstimmig angenommen

TOP 8	Finanzleitlinie; Langfristige Finanzplanung - Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 24.09.2017
-------	---

2017/2990/1

1/HH/Finanzleitlinie

An der Beratung nahmen teil:

Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1, Zentrales und Bildung

Frau Keller erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 6 zum Protokoll).

Bündnis 90/Die Grünen beantragen mit Schreiben vom 24.09.2017, dass das Finanzmanagement eine Analyse erstellen solle, unter welchen Voraussetzungen hinsichtlich der jährlich zu erwirtschaftenden Ergebnisüberschüsse es gelingen könne, die selbst gesteckten Ziele der Finanzleitlinie einschließlich des Abbaus der Verschuldung auf 20% des Gesamtbetrags der Aufwendungen und der Höhe des Schuldendienstes einzuhalten.

Die Analyse solle auf einer angenommenen jährlichen Investitionshöhe von 15 Millionen Euro für die nächsten 9 Jahre basieren, wie sie sich aus dem Ergebnis der Beratungen zum Ausbau der Bildungsinfrastruktur und geschätzten weiteren Investitionen für die Kreisklinik, Straßeninfrastruktur und weiteren möglichen Anforderungen ergebe.

Dabei sollten drei Szenarien betrachtet werden, die mehr oder weniger günstige Entwicklungen hinsichtlich der Entwicklung des Zinsniveaus und des zu erwartenden Gesamtbetrags der Aufwendungen des Kreishaushalts prognostizierten.

Bewertung der Szenarien:

Mit durchschnittlich dauerhaften Ergebnisüberschüssen in Höhe von 10 Mio. € pro Jahr sei die enorme Investitionstätigkeit des Landkreises weiterhin überschaubar. Derzeit sollte das kein Problem sein – 2018 könne dieses Ergebnis trotz deutlich steigender Bezirksumlagenpunkte um 1,5 % fast erreicht werden, ohne die Kreisumlagenpunkte zu erhöhen. Dies läge an der guten (aber 2018 nicht sehr guten) Umlagekraftsteigerung und an den deutlich steigenden Schlüsselzuweisungen. Die Einhaltung der Finanzleitlinie bis zum Jahr 2035 schein nach diesen Berechnungen ebenfalls möglich, denn 20 % Verschuldung an der Summe der Aufwendungen könnten bis dahin rund 51 Mio € sein.

KR und Antragssteller Reinhard Oellerer erklärt, für das nächste Jahr mache er sich noch keine Sorgen, denn aufgrund der steigenden Konjunktur erwarte er auch für das Jahr 2018 einen Ergebnisüberschuss von 10 Mio. €. Er bitte allerdings um nochmalige Recherche bezüglich des niedrigzinslichen Plafonds. Wie hoch dürften die Zinsen sein, um mit 6,8 Mio. € zurechtzukommen? Frau Keller werde sich informieren und das Ergebnis mitteilen.

KR Reinhard Oellerer bittet, ein weiteres Szenario mit den Vorauszahlungen von München Land und den Erträgen zur AfA (erwirtschaftet/nachrichtlich) darzustellen.

Allein mit der Konjunktur die 10 Mio. € in den nächsten 10 Jahren erreichen zu wollen, sei „blauäugig“, so KR Alexander Müller.

Der Landrat hat einen dringenden Termin in München und übergibt um 16:00 Uhr den Vorsitz an seinen gewählten Stellvertreter Walter Brilmayer.

KR Dr. Ernst Böhm erklärt, dass der Kauf des Kreissparkassengebäudes als Investition gedeckt sei, ebenso die Schulen; als größtes Risiko sehe er die Klinik mit den Verlustübernahmen durch den Landkreis.

Das Gremium ist sich einig, über den Alternativbeschlussvorschlag abzustimmen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen wird mit der Maßgabe entsprochen, dass im Abstand von 2 Jahren die entworfenen Szenarien aktualisiert werden und im Rahmen der Berichterstattung zur Finanzleitlinie darüber berichtet wird. Der Antragstext und die Aufstellung der Szenarien sind Bestandteil des Beschlusses und Anlage zur Niederschrift.



einstimmig angenommen

TOP 9	Erweiterung des Angebots der Pflegeausbildung im Landkreis Ebersberg; Antrag CSU-FDP-Kreistagsfraktion vom 25.10.2017
-------	--

2017/3003

An der Beratung nahmen Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat teil:

Florian Robida, stellvertretende Abteilungsleitung 6, Jugend, Familie und Demografie

KR Albert Hingerl stellt zu Beginn des Tagesordnungspunktes einen Antrag nach der Geschäftsordnung. Der Antrag gehöre in den entsprechenden Fachausschuss und nicht in den Kreis- und Strategieausschuss. Herr Neugebauer erklärt, dass dieses Vorgehen sehr wohl der Geschäftsordnung entspreche; sollte der Fachausschuss nicht in den nächsten drei Monaten nach Antragstellung tagen, müsse der Antrag im Kreis- und Strategieausschuss behandelt werden.

KR und Antragssteller Thomas Huber erläutert den Antrag der CSU-FDP-Fraktion, der Folgendes umfasst:

Es solle geprüft werden, ob eine Erweiterung des bestehenden Angebots der Pflegeberufsausbildung im Landkreis Ebersberg in folgenden Bereichen möglich sei:

- a) Etablierung der Pflegeberufsausbildung „Krankenpflegehelfer/-in“ (zur Zeit absolvieren die Schüler aus dem Landkreis Ebersberg den theoretischen Part dieser Berufsausbildung in Erding und die Praxis in der Kreisklinik Ebersberg).
- b) Angebot eines Bachelorstudiengangs Pflege mit dem Abschluss „Bachelor of Science (B.Sc.)“ in Kooperation der bestehenden Pflegeberufsschule mit einer Fachhochschule

c) Weitere Aus- und Fortbildungsangebote für Pflegeberufe.

Er bittet diesem zuzustimmen und verweist auf die Dringlichkeit, um durch frühzeitige Einbindung der Klinik die Möglichkeit zu schaffen, bereits 2019 den Krankenpflegehelfer anbieten zu können.

Herr Robida erklärt, dass sich die Gesundheitsregion Plus bereits mit dem Thema „Fachkräftegewinnung medizinisches Personal“ befasst habe. Im Gesundheitsforum wurde ein konkretes Modell zur Gewinnung von neuen Ausbildungsplätzen vorgestellt. Eine Kooperation zwischen der Fachhochschule Rosenheim und der Kreisklinik Ebersberg gebe es bereits. Eine Befragung zur Hilfskraft wurde bereits durchgeführt, auf diese könne gerne aufgebaut werden. Daher der Vorschlag, eine Bedarfsplanung zu erstellen. Das Problem bestehe eher darin, Fachpflegekräfte zu gewinnen.

KR Reinhard Oellerer erklärt, dass die Räumlichkeiten in der von-Scala-Straße nicht vor 2019 zur Verfügung stehen würden.

KR Dr. Ernst Böhm merkt an, dass bevor Entscheidungen getroffen würden, die Kosten und Folgekosten ermittelt werden müssten.

Herr Robida werde dies bis zum nächsten SFB-Ausschuss am 21.03.2018 erarbeiten.

Der stellvertretende Vorsitzende Walter Brilmayer erklärt, dass zu dieser Sitzung der Pflegedirektor Peter Huber eingeladen werde, um hierzu Stellung zu nehmen. Bis dahin sollten die Fragen zu Kosten, tatsächlichen Bedarf und den räumlichen Möglichkeiten geklärt sein.

KR Dr. Ernst Böhm merkt an, die Krankenpflegeschule solle nicht in Konkurrenz zur Berufsschule stehen.

Der Beschlussvorschlag wird entsprechend des Beratungsergebnisses mit Ziffer 3 ergänzt und der stellvertretende Vorsitzende stellt ihn zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Der Antrag der CSU-FDP-Fraktion im Kreistag vom 25.10.2017 wird weiterverfolgt und dem SFB-Ausschuss am 21.03.2018 zur Beratung vorgelegt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Pflegedirektor der Kreisklinik Ebersberg, Herr Peter Huber, zur nächsten Sitzung des SFB-Ausschusses am 21.03.2018 einzuladen, um über seine Erfahrungen zu berichten und die Ergebnisse der landkreisweiten Befragung vorzustellen.**
- 3. Bis dahin ist ein Bedarfs- und Kostenplan u.a. mit Aussagen zu Räumlichkeiten unter Berücksichtigung zur geplanten Berufsschule zu erarbeiten.**



einstimmig angenommen

TOP 10	Stationäres Hospiz für den Landkreis Ebersberg; Antrag CSU-FDP-Kreistagsfraktion vom 25.10.2017
--------	--

2017/3002

An der Beratung nahmen teil: Jochen Specht, Abt. 6; Teamleitung Demografie
Florian Robida, stellvertretende Abteilungsleitung 6, Jugend, Familie und Demografie
Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Herr Neugebauer erklärt, dass aufgrund der in der Geschäftsordnung festgelegten 3-Monatsfrist der Antrag heute im Kreis- und Strategieausschuss statt im Fachausschuss vorgestellt werde.

Der Antrag der CSU-FDP-Fraktion umfasst Folgendes:

Der Landrat und die Verwaltung werden gebeten,

1. die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen zu prüfen, die notwendig sind, um ein stationäres Hospiz im Landkreis Ebersberg zu errichten und zu betreiben.
2. insbesondere Kontakt mit den Gesetzlichen- und Pflegekassen (Kostenträger) aufzunehmen und zu prüfen, ob eine stationäre Hospizeinrichtung Aussicht auf Genehmigung bzw. Übernahme der Betriebskosten hat und ob die Bayerische Hospizstiftung sich an den Kosten eines Neubaus bzw. der Übernahme einer geeigneten Immobilie beteiligt.
3. einen geeigneten Träger für ein stationäres Hospiz im Landkreis Ebersberg zu suchen und die notwendigen Gespräche aufzunehmen. Träger von Hospizen sind meist gemeinnützige Vereine, Kirchen und Stiftungen.

Herr Jochen Specht teilt mit, dass Herr Andreas Bohnert, Geschäftsführer des Caritaszentrums Ebersberg, als Beteiligter gehört und eingebunden werden sollte. Ebenso solle ein Bedarfs- und Kostenplan erstellt werden.

Auf Rückfrage im Gremium wird aufgeklärt, dass die SAPV (Spezialisierte ambulante Palliativversorgung) sowie die stationäre Palliativstation aufgrund zeitlicher Begrenzung nicht die Möglichkeiten einer Hospizeinrichtung haben.

KR Dr. Ernst Böhm könne sich eine Kooperation auch außerhalb des Landkreises vorstellen und bittet dies mit in den Beschlussvorschlag mitaufzunehmen, denn ihm stelle sich die Frage, ob der Landkreis alles selber machen müsse.

Herr Robida fasst das Beratungsergebnis zusammen:

1. Bedarfe ermitteln
2. Kostenplan erstellen und
3. Kooperationsmöglichkeiten klären.

Der Beschlussvorschlag wird entsprechend ergänzt und der stellvertretende Vorsitzende Walter Brilmayer stellt ihn zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Der Antrag der CSU-FDP-Fraktion im Kreistag wird weiterverfolgt und dem SFB-Ausschuss am 21.03.2018 zur Beratung vorgelegt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Bedarfs- und Kostenplan nach Rücksprache mit allen Akteuren der Gesundheitsregion plus zu erarbeiten.**
- 3. Mögliche Kooperationen mit entsprechenden Trägern und Einrichtungen sind zu prüfen.**



einstimmig angenommen

TOP 11	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
--------	-----------------------------------

keine

TOP 12	Informationen und Bekanntgaben
--------	--------------------------------

keine

TOP 13	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
--------	---

keine

TOP 14	Anfragen
--------	----------

keine

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.



Landkreis Ebersberg

Kreis-und Strategieausschuss am
13.11.2017 TOP 8 ö

Finanzleitlinie; Langfristige
Finanzplanung – Antrag der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 25.10.2017

Antrag Bündnis 90/ Die Grünen

- Erstellung einer Analyse, wie die gesteckten Ziele der Finanzleitlinie einzuhalten sind
- Vorgaben:
jährliche Investitionen 15 Mio € für die nächsten 9 Jahre
- Betrachtung von 3 Szenarien



Reinhard Oellerer, Lessingstr. 70 B, 85646 Anzing

Anzing, den 24.09.2017

An
Herrn Landrat
Robert Niedergesäß
Eichthalerstr. 5
85560 Ebersberg

Betreff: Langfristige Finanzplanung

Antrag
an den KSA
an den Kreistag

Das Finanzmanagement erstellt bis zum übernächsten KSA eine Analyse, unter welchen Voraussetzungen hinsichtlich der jährlich zu erwirtschaftenden Ergebnisüberschüsse es gelingen kann, die selbst gesteckten Ziele der Finanzleitlinie einschließlich des Abbaus der Verschuldung auf 20% des Gesamtbetrags der Aufwendungen und der Höhe des Schuldendienstes einzuhalten.

Die Analyse soll basieren auf einer angenommenen jährlichen Investitionshöhe von 15 Millionen Euro für die nächsten 9 Jahre, wie sie sich aus dem Ergebnis der Beratungen zum Ausbau unserer Bildungsinfrastruktur und geschätzten weiteren Investitionen für die Kreisklinik, Straßeninfrastruktur und weiteren möglichen Anforderungen ergibt.

Dabei sollen drei Szenarien betrachtet werden, die mehr oder weniger günstige Entwicklungen hinsichtlich der Entwicklung des Zinsniveaus und des zu erwartenden Gesamtbetrags der Aufwendungen des Kreishaushalts prognostizieren.



Landkreis
Ebersberg

Entwicklung des Gesamtbetrags der Aufwendungen

Summe ordentliche Aufwendungen 2018: 136 Mio €
Angenommene Steigerung: 4 %/Jahr
Hochrechnung bis 2035: 256 Mio €

Ergebnis:
 20 % der Aufwendungen wären rund 51 Mio € Verschuldung im Jahr 2035.

Steigerung von 4 % ist flacher als die tatsächliche der letzten 12 Jahre, die bei durchschnittlich 6,4 % lag.

Aber: Hoher Effekt durch Asyl im Jahr 2016: + 17,5 %!

Würde die Regel der Finanzleitlinie bereits 2027 gelten, dürfte die Verschuldung in diesem Jahr 38,2 Mio € betragen.



Landkreis
Ebersberg

Folie 3

Kreis- und Strategieausschuss, 13.11.2017

Annahme: Entwicklung der Investitionen nach Antrag = 15 Mio/Jahr

Jahr	Liquidität	Investitionen	Ergebnisüberschuss	Summe
2018	25 Mio	15 Mio	10 Mio	20 Mio
2019	20 Mio	15 Mio	10 Mio	15 Mio
2020	15 Mio	15 Mio	10 Mio	10 Mio
2021	10 Mio	15 Mio	10 Mio	5 Mio
2022	5 Mio	15 Mio	10 Mio	0
2023	0	15 Mio	10 Mio	- 5 Mio
2025	- 5 Mio	15 Mio	10 Mio	- 10 Mio
2026	- 10 Mio	15 Mio	10 Mio	- 15 Mio
2027	- 15 Mio	15 Mio	10 Mio	- 20 Mio

Ausgangssituation: Liquidität 2018 25 Mio €

Jährliche Investitionen: 15 Mio €

Jährlicher Ergebnisüberschuss: 10 Mio €

Aussage: Unter dieser Annahme beträgt die Nettoneuverschuldung 2027 insg. 20 Mio €.



Landkreis
Ebersberg

Folie 4

Kreis- und Strategieausschuss, 13.11.2017

Einbeziehung der Verschuldung

Nach der Finanzleitlinie des Kreistags werden Darlehen in 20 Jahren getilgt, d.h., jedes Jahr werden 5 % getilgt.

Jahr	Schuldenstand 01.01.	Neuverschuldung	Schuldenstand 31.12.
2018	46,6 Mio	0	44,3 Mio
2019	44,3 Mio	0	42,1 Mio
2020	42,1 Mio	0	39,9 Mio
2021	39,9 Mio	0	37,9 Mio
2022	37,9 Mio	0	36,0 Mio
2023	36,0 Mio	5	41,0 Mio
2024	38,9 Mio	5	43,9 Mio
2025	41,7 Mio	5	46,7 Mio
2026	44,4 Mio	5	49,4 Mio
2027	46,9 Mio	5	51,9 Mio

In diesem Szenario wird die Verschuldung des LK im Jahr 2027 nur unwesentlich über der heutigen Verschuldung liegen.

Dies bestätigt die sinnvolle Annahme, dauerhaft pro Jahr 10 Mio € Ergebnisüberschuss zu erwirtschaften.



Folie 5

Kreis- und Strategieausschuss, 13.11.2017

Bewertung

Bei dieser linearen Betrachtung hat der Landkreis das Ziel, dass die Verschuldung bis zum Jahr 2035 nur noch 20 % der Aufwendungen betragen darf, um 13,7 Mio € verfehlt.

Es bleiben aber dann noch 8 Jahre Zeit, auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

Zinsen bleiben unberücksichtigt, weil sie in der Ergebnisrechnung abgebildet werden und damit in jedem Fall im Ergebnisüberschuss von 10 Mio € enthalten sind.

Die Zinssicherungsinstrumente schützen das Portfolio vor steigenden und vor sinkenden Zinsen.



Folie 6

Kreis- und Strategieausschuss, 13.11.2017

Weiteres Szenario: heterogene Entwicklung

Jahr	Liquidität (nur LK)	Ergebnis- überschuss	Investitionen	Neu- verschuldung	Restschuld
2018	28 Mio	10 Mio	24 Mio	6 Mio	48,0 Mio
2019	20 Mio	10 Mio	17 Mio	0	43,8 Mio
2020	13 Mio	10 Mio	30 Mio	15 Mio	54,5 Mio
2021	8 Mio	10 Mio	30 Mio	20 Mio	69,3 Mio
2022	8 Mio	10 Mio	17 Mio	0	65,8 Mio
2023	1 Mio	10 Mio	10 Mio	0	62,5 Mio
2024	1 Mio	10 Mio	10 Mio	0	59,2 Mio
2025	1 Mio	10 Mio	10 Mio	0	56,3 Mio
2026	1 Mio	10 Mio	10 Mio	0	53,5 Mio
2027	1 Mio	10 Mio	10 Mio	0	52,8 Mio
Summe		100 Mio	168 Mio	41 Mio	50,2 Mio

Mit einem Ergebnisüberschuss von 10 Mio €/ Jahr werden in 10 Jahren 100 Mio € erwirtschaftet – damit kann der Masterplan Schulen vollständig finanziert werden.



Folie 7

Kreis- und Strategieausschuss, 13.11.2017

Weiteres Szenario: heterogene Entwicklung

Jahr	Liquidität (nur LK)	Ergebnis- überschuss	Investitionen	Neu- verschuldung	Restschuld
2018	28 Mio	10 Mio	24 Mio	6 Mio	48,0 Mio
2019	20 Mio	10 Mio	17 Mio	0	43,8 Mio
2020	13 Mio	10 Mio	30 Mio	15 Mio	54,5 Mio
2021	8 Mio	10 Mio	30 Mio	20 Mio	69,3 Mio
2022	8 Mio	10 Mio	17 Mio	0	65,8 Mio
2023	1 Mio	10 Mio	10 Mio	0	62,5 Mio
2024	1 Mio	10 Mio	10 Mio	0	59,2 Mio
2025	1 Mio	10 Mio	10 Mio	0	56,3 Mio
2026	1 Mio	10 Mio	10 Mio	0	53,5 Mio
2027	1 Mio	10 Mio	10 Mio	0	52,8 Mio
Summe		100 Mio	168 Mio	41 Mio	50,2 Mio

Die sonstigen Investitionen in Kreisklinik, Infrastruktur und Verwaltung werden mit 70 Mio € kalkuliert.

Die Verschuldung ist so bereits im HH eingeplant.



Folie 8

Kreis- und Strategieausschuss, 13.11.2017

Kreditmarkt

Derzeit sehr günstige Kreditkonditionen vor allem für Schulbauten und Generalsanierungen.

Abwägung: ist es günstiger, einen Kredit aufzunehmen oder für Liquidität Verwahrgelder zu bezahlen?

10 Mio € Liquidität kosten derzeit pro Jahr 40.000 €!

Kredit über 10 Mio € ist derzeit für 0,00 % zu bekommen und von den 10 Mio € müssen nur 8.250.000 € zurückgezahlt werden (17,5 % Tilgungszuschuss!)



Landkreis
Ebersberg

Folie 9

Kreis- und Strategieausschuss, 13.11.2017

Kreditstrategie des Landkreises

Auslaufende Zinsbindungen zur Rückzahlung von Krediten einsetzen.

Aktuell: Ein Kredit über 3.750.000 € wird am 30.12.2017 zurückgezahlt – 0,91 % Zinsen werden eingespart.

Stattdessen wird 2018 mit einer Kreditermächtigung von 6 Mio € ein Kredit für die Generalsanierung Gymnasium Grafing für 0,00 % Zinsen und einem Tilgungszuschuss von 17,5 % aufgenommen.

Weitere Sonderkündigungsmöglichkeiten 2018:

30.12.2018: Restschuld von knapp 5 Mio € - Zinssatz: 0,26 %

30.12.2018: Restschuld 5,4 Mio € - Zinssatz 0,11 %



Landkreis
Ebersberg

Folie 10

Kreis- und Strategieausschuss, 13.11.2017

Bewertung der Szenarien

1. Mit durchschnittlich dauerhaften Ergebnisüberschüssen von 10 Mio € pro Jahr ist die enorme Investitionstätigkeit des Landkreises weiterhin überschaubar.
2. Die Einhaltung der Finanzleitlinie bis zum Jahr 2035 ist nach diesen Berechnungen ebenfalls möglich, denn 20 % Verschuldung an der Summe der Aufwendungen könnten bis dahin rund 51 Mio € sein.

Weil aber die wirtschaftliche Entwicklung nicht vorhersehbar ist, könnte es sinnvoll sein, diese aufgestellten Szenarien regelmäßig mit der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung zu aktualisieren.



Folie 11

Kreis- und Strategieausschuss, 13.11.2017

Beschlussvorschlag:

Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Dem Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen vom 24.09.2017 wird entsprochen. Der Antragstext ist Bestandteil des Beschlusses und Anlage zur Niederschrift.

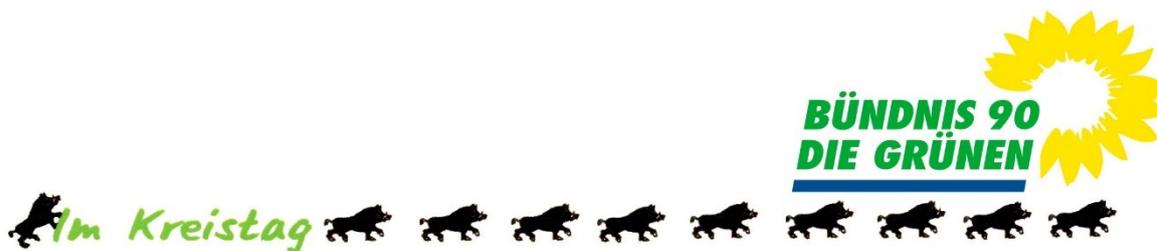
Alternativ:

Dem Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen wird mit der Maßgabe entsprochen, dass im Abstand von 2 Jahren die entworfenen Szenarien aktualisiert werden und im Rahmen der Berichterstattung zur Finanzleitlinie darüber berichtet wird. Der Antragstext und die Aufstellung der Szenarien sind Bestandteil des Beschlusses und Anlage zur Niederschrift.



Folie 12

Kreis- und Strategieausschuss, 13.11.2017



Reinhard Oellerer, Lessingstr. 70 B, 85646 Anzing

Anzing, den 24.09.2017

An
Herrn Landrat
Robert Niedergesäß
Eichthalstr. 5
85560 Ebersberg

Betreff: Langfristige Finanzplanung

Antrag

an den KSA

an den Kreistag

Das Finanzmanagement erstellt bis zum übernächsten KSA eine Analyse, unter welchen Voraussetzungen hinsichtlich der jährlich zu erwirtschaftenden Ergebnisüberschüsse es gelingen kann, die selbst gesteckten Ziele der Finanzleitlinie einschließlich des Abbaus der Verschuldung auf 20% des Gesamtbetrags der Aufwendungen und der Höhe des Schuldendienstes einzuhalten.

Die Analyse soll basieren auf einer angenommenen jährlichen Investitionshöhe von 15 Millionen Euro für die nächsten 9 Jahre, wie sie sich aus dem Ergebnis der Beratungen zum Ausbau unserer Bildungsinfrastruktur und geschätzten weiteren Investitionen für die Kreisklinik, Straßeninfrastruktur und weiteren möglichen Anforderungen ergibt.

Dabei sollen drei Szenarien betrachtet werden, die mehr oder weniger günstige Entwicklungen hinsichtlich der Entwicklung des Zinsniveaus und des zu erwartenden Gesamtbetrags der Aufwendungen des Kreishaushalts prognostizieren.

Begründung

Angesichts der einvernehmlichen Beratungen der interfraktionellen Arbeitsgruppe Masterplan zu den anstehenden Investitionen in die Schulen des Landkreises und der derzeit abzusehenden Entwicklung der Investitionstätigkeit der Kreisklinik muss der Landkreis im nächsten Jahrzehnt ein gewaltiges Investitionsprogramm von mindestens 135 Millionen Euro bewältigen. Dafür sind kontinuierliche Ergebnisüberschüsse erforderlich, deren Kenntnis die jährliche Planung unterstützen soll.

Der Kreistag hat mit seiner Finanzleitlinie ein zuverlässiges System von Indikatoren entwickelt, die es gestatten, frühzeitig auf mögliche Gefahren für die dauernde Leistungsfähigkeit des Landkreises zu reagieren. Damit soll auch eine Überforderung der Gemeinden und Städte im Kreis vermieden und die Verschuldung auf einem akzeptablen Niveau gehalten werden.

Im Vorbericht zum Haushalt 2017 heißt es, dass der Kreistag eine gesetzmäßige Finanzierung des Haushalts sicherstellt, „ohne allerdings Liquiditätsreserven aufzubauen und eine vorausschauende Finanzpolitik zu betreiben.“ „Die künftige Entwicklung des Kreishaushalts ist als kritisch einzustufen, wenn die Umlagekraft nicht mehr steigt.“ Das könnte einhergehen mit deutlich steigenden Ausgaben im Sozialbereich, die nicht nur den Landkreis direkt, sondern auch in Form einer höheren Bezirksumlage betreffen würden.

Derzeit entwickeln sich die Einnahmen des Landkreises erfreulicher Weise überplanmäßig. Die beantragte Analyse soll helfen, den Mitgliedern des Kreistags einen Korridor möglicher Entwicklungen aufzuzeigen, und ein weiteres Instrument zur Gestaltung einer vorausschauenden Finanzpolitik zur Verfügung stellen.

Franz Greithanner

Waltraud Gruber

Reinhard Oellerer



Landkreis Ebersberg

Kreis-und Strategieausschuss am 13.11.2017
TOP 3

Wirtschaftsplan 2018 des Sondervermögens „Liegenschaften bei der Kreisklinik Ebersberg“

Sachverhalt

Wirtschaftsplan des Sondervermögens und Kostenstellenblatt aus dem Kreishaushalt wurden versandt.

Im Sondervermögen KK (Gebäude und Grundstücke) entsteht 2018 ein **Verlust in Höhe von 147.347 €** (Vorjahr: 147.515 €).

Grund: Abschreibungen werden nicht erwirtschaftet sondern gegen Eigenkapital ausgebucht. Beim Landkreis entsteht keine Zuschusspflicht.

Die im Kreishaushalt dargestellte Abschreibung betrifft die vor dem 1.1.2002 gegebenen Investitionszuschüsse bis BA 3 b, die ertragswirksam aufgelöst werden müssen.

Die Anlage 2 weist dieses Auflösungs-Ergebnis im Kreishaushalt aus, das die Kreisumlage mit 482.000 € belastet.



Landkreis
Ebersberg

Die „Doppelstruktur“

Die Bauabschnitte 1 – 3b befinden sich im Sondervermögen.

Seit Bauabschnitt 4 wird nur noch in der gGmbH aktiviert.



Diese Betriebsaufspaltung war zum Zeitpunkt der GmbH-Gründung aus steuerlichen Gründen zur Vermeidung von Grunderwerbssteuer so vorgesehen.

Eine Zusammenführung ist aus Kostengründen weder in der gGmbH noch im SoV möglich, wie eine Prüfung durch die Wirtschaftsprüfer und die beauftragte Rechtsanwaltskanzlei ergab.

Mit der Konsolidierung wird sich die Transparenz verbessern.



Folie 3

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017

Auswirkungen auf den Haushalt

Der vom Landkreis zu finanzierende Nettobedarf beträgt im Jahr 2018 insgesamt 482.000 €.

Die Erbpachtzinsen für die Strahlentherapie in Höhe von 32.000 € werden direkt im Sondervermögen ausgewiesen und von dort an die Kreisklinik gGmbH weitergeleitet.



Folie 4

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017

Beschlussvorschlag:

Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der Wirtschaftsplan 2018 des Sondervermögens „Liegenschaften bei der Kreisklinik Ebersberg“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Beschlussfassung erfolgt zusammen mit dem Kreishaushalt.





Landkreis Ebersberg

Kreis-und Strategieausschuss am 13.11.2017
TOP 4

**Wirtschaftsplan 2018 für die
Kreisklinik gGmbH;
Ausgleichszahlungen und andere
Begünstigungen durch den
Landkreis**

Sachverhalt

Nach § 11 der Satzung der Kreisklinik gGmbH unterliegt der Wirtschaftsplan keiner beschlussmäßigen Behandlung durch die Gesellschafterversammlung. Er bedingt für die Verabschiedung die Zustimmung des Aufsichtsrats.

Eine Beschlussfassung des Kreistags ist nicht erforderlich.

Deshalb werden nachfolgend die Finanzbeziehungen zur Kreisklinik gGmbH dargestellt – sie unterliegen der Beschlussfassung des Kreistages über den Kreishaushalt.

Nachfolgende Anträge stellt die Kreisklinik im Zusammenhang mit dem Betrauungsakt im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2018:



Landkreis
Ebersberg

Zinslose Verpachtung und Vermeidung von Überkompensation

Seit der Inbetriebnahme am 1.1.2002 sind die Grundstücke und Gebäude aus dem Sondervermögen Kreisklinik (Besitzgesellschaft) an die Kreisklinik gGmbH (Betriebsgesellschaft) zinslos verpachtet.

Um den medizinischen und EDV-technischen Standard auf dem derzeitigen Niveau zu erhalten, werden 3 % der Umsatzrendite aus den positiven Ergebnissen aus dem DAWI den Rücklagen für diesen Zweck zugeführt.



Folie 3

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017

Verlustausgleich

Nach § 18 der Satzung der Kreisklinik gGmbH werden Betriebsverluste der Gesellschaft vom Gesellschafter innerhalb von 5 Jahren ausgeglichen, soweit diese nicht durch Überschüsse aus den Folgejahren gedeckt werden können.

2015 entstand ein **Verlust in Höhe von 2.187.369,64 €**.

Innerhalb von 5 Jahren ist dieser Verlust durch entsprechende Gewinne wieder auszugleichen. Gelingt dies nicht, muss der Gesellschafter diesen Verlust tragen.

2016 wurde ein Bilanzgewinn in Höhe von 227.093,85 € erwirtschaftet, sodass sich der Verlust auf 1.960.275,79 € reduziert.

Sollten auch in den Folgejahren Verluste erwirtschaftet werden, so wäre im Jahr 2020 der Verlust des Jahres 2015 in Höhe von 2.187.369,64 € vom Gesellschafter (= Landkreis) auszugleichen.



Folie 4

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017

Bürgschaftserklärungen

Bürgschaftserklärung vom 20.11.2001	42.437.225 €
Bürgschaftserklärung vom 9.5.2005	9.000.000 €
Bürgschaftserklärung vom 10.2.2009	10.000.000 €
Bürgschaftserklärung vom 29.04.2010	11.824.000 €
Bürgschaftserklärung aus 12/2015	15.960.000 €
Summe	89.221.226 €

2018 kann die Bürgschaft vom 09.05.2005 in Höhe von 9.000.000 € zurückgegeben werden, so dass sich die Summe der Bürgschaftserklärungen auf 80.221.226 € reduziert.



Landkreis
Ebersberg

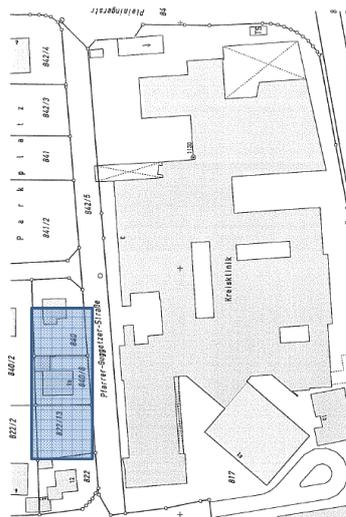
Folie 5

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017

Unterstützung von Marketingmaßnahmen

Zur Erzielung einer hohen Auslastung seiner Klinik unterstützt der Landkreis die Kreisklinik im Jahr 2018 in Höhe von 32.000 € für Marketingmaßnahmen.

Die Höhe entspricht den erzielten Erbpachtzinsen für das Hochenergietherapiezentrum.



Landkreis
Ebersberg

Folie 6

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017

Änderung der Eigenbeteiligung

Der Kreistag hat am 14.12.2015 beschlossen, 80 % der Eigenbeteiligung der Kreisklinik an Baumaßnahmen zu bezuschussen. Dies ist an folgende Bedingungen geknüpft:

- **Kein Automatismus, jede Baumaßnahme wird einzeln geprüft**
- **Abschlagszahlungen nach Baufortschritt**
- **Vorbehalt der dauernden Leistungsfähigkeit des Kreishaushalts**
- **Abrechnung nach Vorlage des Verwendungsnachweises**
- **Rückforderung bei nicht zweckentsprechender Verwendung**
- **Sollte die Kreisklinik höhere Gewinne schreiben käme es zur Bildung von Rücklagen für Investitionen. In diesem Fall gilt die Vorrangverwendung der Baurücklagen und der Landkreis kann die Zuschussbescheide entsprechend reduzieren.**



Folie 7

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017

Bauabschnitt 8

Fertigstellung: April 2014 – Baukosten ca. 18,5 Mio €

	Planung: 2017	Planung: 2018
Anteil Freistaat Bayern:	12.875.000 €	10.637.000 €
Örtliche Beteiligung (alt):	1.025.000 €	1.025.000 €
Zuschussbescheid 80 % Landkreis :	4.528.000 €	5.470.000 €
Eigenanteil 20 % gGmbH – finanziert über Darlehen beim Landkreis	1.132.000 €	1.368.000 €

Weil sich die förderfähigen Kosten reduziert haben, reduzierte sich der Anteil des Freistaats Bayern und damit erhöht sich der Zuschuss des Landkreises sowie die Eigenbeteiligung der Kreisklinik.

In der Hhplanung 2018 ist ein weiterer Zuschuss in Höhe von 942.084 € eingeplant und für ein weiteres Eigenbeteiligungs-darlehen in Höhe von 176.539 €.



Folie 8

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017

Bauabschnitt 9 (Bettenhaus)

Baukosten: 23,1 Mio €



	Planung: 2017	Planung: 2018
Anteil Freistaat Bayern:	15.960.000 €	15.960.000 €
Zuschussbescheid 80 % Landkreis:	5.312.000 €	5.790.000 €
Eigenanteil 20 % gGmbH – finanziert über Darlehen beim Landkreis	1.328.000 €	1.447.000 €

In der Haushalts- und Finanzplanung werden folgende Zuschussbescheide geplant:

2017: 2.000.000 €
2018: 3.000.000 €
2019: 789.600 €



Landkreis
Ebersberg

Folie 9

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017

Sanierung Personalwohnbau 3



Landkreis
Ebersberg

Folie 10

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017

Sanierung Personalwohnbau 3

Eine Förderung nach der 2. Säule des Wohnbauförderprogramms (KommWFP) ist inzwischen schriftlich bestätigt. Allerdings muss dazu der Landkreis (Grundstückseigentümer) als Antragsteller auftreten.

Gefördert werden 30 % der Baukosten und 30 % des Bodenrichtwerts des Grundstücks, so dass damit eine Gesamtförderung von 50 % nicht unwahrscheinlich ist.

Das KommWFP läuft zum 31.12.2019 aus, bis dahin muss der Antrag gestellt sein.

Sowohl der KSA als auch der Verwaltungsrat der WBE gKU haben sich mit dem Thema befasst.

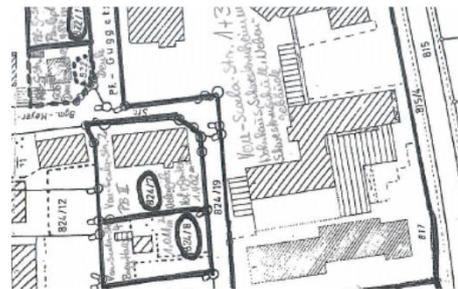
Die Botschaft aus dem Verwaltungsrat lautet: Es besteht Interesse an einer Realisierung, wenn das Vorhaben günstig, zügig und standardisiert mit bewährten Partnern umsetzbar ist. Für eine Entscheidung werden ein Bebauungsplan und das Ergebnis des städtebaulichen Wettbewerbs benötigt.



Folie 11

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017

Von-Scala-Haus



Nach dem das Ärztehaus nicht realisiert werden konnte, hat der Landkreis für künftige Planungen auf diesem Grundstück 5 Mio € auf die Warteliste gesetzt.

Die Planungen konkretisieren sich nun, es soll dort die Krankenpflegeschule, Arztpraxen und Ladengeschäfte sowie die ambulante psychosomatische Abteilung untergebracht werden.

Das Projekte sollte 2018 von der Warteliste genommen und ab 2019 im Haushalt eingeplant werden.



Folie 12

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017

Neubau Zentrale Notaufnahme

Es gibt Überlegungen, auf der Fläche des jetzigen Personalwohnbaus I eine neue zentrale Notaufnahme als eigenen Gebäudebestandteil zu errichten.

Dieser soll dann eine eigene Anbindung an die ehemalige B 304 erhalten, um damit den Verkehr an der Pfarrer-Guggetzer-Straße zu entlasten und gleichzeitig eine komfortablere An- und Abfahrt zu erhalten.

Eine belastbare Kostenschätzung gibt es hierzu noch nicht. Es wird vorläufig mit einer Bausumme von ca. 10 Mio € geplant, wobei eine Förderung der Regierung mit 7 Mio € berücksichtigt ist.

Die Maßnahme soll auf die Warteliste genommen werden. 2018 soll das Projekt auch beim Gesellschafter beraten werden.



Folie 13

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017

Auswirkungen auf den Haushalt

An Zwischenfinanzierungen werden 2018 veranschlagt:

Rückfluss BA 9	2.671.622
Rückfluss Summe	2.671.622

An Eigenbeteiligungsdarlehen werden 2018 veranschlagt:

Eigenbeteiligungsdarlehen BA 8	176.539
Summe	176.539



Folie 14

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017

Auswirkungen auf den Haushalt

An Rückflüssen aus Eigenbeteiligungsdarlehen werden 2018 veranschlagt:

BA 4	13
Eigenbeteiligungsdarlehen Dialyse	57.292
OP Sanierung 0, 4, 5	24.919
Parkdeck	88.000
Pfarrer-Guggetzer-Haus	74.182
Summe	244.393

An Zuschussbescheiden werden 2018 veranschlagt:

BA 8	942.084
BA 9	3.000.000
Summe	3.942.084

Netto 2018 (Finanzierungsbedarf)	1.202.595
---	------------------



Landkreis
Ebersberg

Folie 15

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017

Beschlussvorschlag:

Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:
Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

1. Der Wirtschaftsplan 2018 der Kreisklinik Ebersberg gGmbH mit den Ausgleichszahlungen und anderen Begünstigungen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) im Landkreishaushalt wird zur Kenntnis genommen.
2. Im Kreishaushalt werden für das Jahr 2018 folgende Zuschussbescheide geplant und in Aussicht gestellt:
BA 8: 942.084 €
BA 9: 3.000.000 €
Die tatsächliche Abrechnung erfolgt nach Verwendungsnachweis.
3. ~~Die Maßnahme „Von-Scala-Haus“ soll 2018 von der Warteliste genommen werden.~~
4. ~~Die Maßnahme „Neubau Zentrale Notaufnahme Kreisklinik“~~ **wird soll 2019 auf die Warteliste gesetzt werden.**



Landkreis
Ebersberg

Folie 16

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017

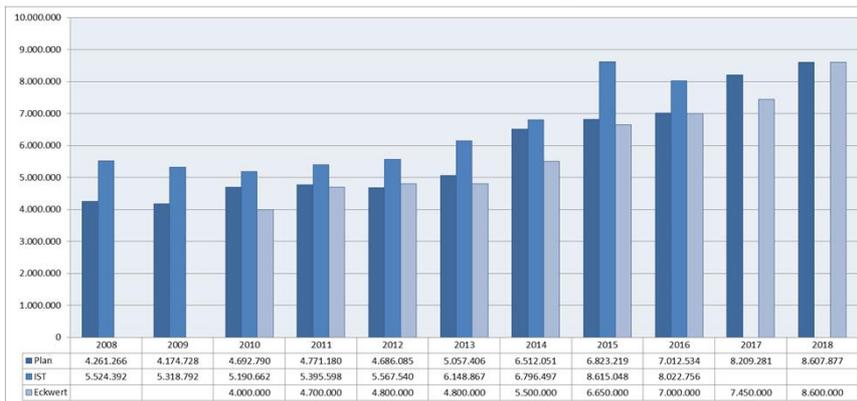


Landkreis Ebersberg

Kreis-und Strategieausschuss am
13.11.2017 TOP 5 ö

Vorplanung Haushalt 2018 für
das Teilbudget des KSA

Gesamtüberblick - Cockpit



Die Planung liegt **um 398.596 € über** dem Planansatz des Vorjahres.

Der vom Kreistag vorgegebene Eckwert wird leicht mit **7.877 € (+ 0,09 %) überschritten**.



Landkreis
Ebersberg

Personalaufwendungen

	Ist					Plan		
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	Abweichung
Personalkosten	3.882.731	4.085.426	4.377.106	4.722.688	5.039.439	5.355.350	5.670.550	315.200

Die Steigerung von Plan 2017 auf Plan 2018 beträgt 315.200 € bzw. 5,89 %.

Die größten Steigerungen gab es bei Abteilung 1, Zentrales und Bildung (+ 106.160 €), im Personalservice (+ 109.500 €) sowie auf der Kostenstelle 021 Gemeinkostentopf (+ 96.510 €).

Im Übrigen betragen die feststehenden und einkalkulierten Tarifsteigerungen + 2,35 % bei den Beschäftigten und + 2,5 % ganzjährig bei den Beamten. Die Begründungen folgen im Anschluss bei den Kostenstellen.



Folie 3

Kreis- und Strategieausschuss, 13.11.2017

Die einzelnen Kostenstellen

	2014	2015	2016	2017	2018			Begründung
	Ist	Ist	Ist	Ist	Plan Vorjahr	Plan	Abw. Plan Vorjahr	
012 Umlage KSt. Versorgungsumlage Beamte 502110	455.763	489.040	587.076	448.808	971.090	736.990	-234.100	1)
013 Umlage KSt. Beihilfe 504110	339.423	362.802	398.047	361.934	381.680	437.100	55.420	
014 Umlage KSt. Versorgungsrücklage 505110	6.599	7.094	8.542	6.524	16.750	6.760	-9.990	
021 Gemeinkostentopf	563.735	622.704	664.798	523.975	392.992	517.304	124.312	2)
025 Fachstelle Zentrales Controlling		84.070	84.511	65.218	85.270	0	-85.270	3)
031 Energieagentur gGmbH	-111.671	141.671	160.044	176.786	127.162	185.361	58.199	4)
035 Wohnbaugesellschaft Ebersberg gKU						-30.960	-30.960	5)
040 Kreisklinik Sondervermögen	1.140.762	471.536	650.930	998	484.029	482.000	-2.029	
041 Kreisklinik gGmbH	44.721	1.731.139	531.497	-143.995	642.007	596.573	-45.434	
045 Sozialer Wohnungsbau	226.761	237.410	225.931	134.487	203.074	191.507	-11.567	
050 Revisionsamt	83.130	71.714	107.006	89.389	112.597	176.656	64.059	
070 Staatl. Schulamt Ebersberg	-2.761	-6.707	-5.018	-10.374	-7.772	-8.309	-537	
090 Personalrat	86.705	106.374	129.101	91.955	139.513	141.138	1.625	
095 Landrat/ Büro Landrat	522.913	598.793	502.699	518.809	513.564	565.840	52.276	6)
096 Geschäftsführung Kreistag	227.030	241.317	213.227	163.328	221.408	221.417	9	
097 Klimaschutzmanager			65.364	63.176	100.580	75.600	-24.980	
100 Abteilung 1, Zentrales und Bildung	139.633	148.316	142.201	194.276	110.223	287.372	177.149	7)
111 EDV und Kommunikation	991.236	1.107.988	1.231.431	892.118	1.210.308	1.282.278	71.970	8)
115 Registratur	231.065	271.302	295.767	231.918	308.429	305.026	-3.403	
120 Personalservice, Bürgerservice	771.521	785.807	918.054	867.467	1.127.585	1.306.614	179.029	9)
140 Finanzmanagement (gültig bis 31.12.15)	689.813	685.235	50	0	0	0	0	
145 Finanzen, Beteiligungen, Kreiskasse	248.231	289.964	967.631	878.529	1.000.156	1.019.253	19.098	
205 Gleichstellungsstelle, Audit berufundfamilie	0	0		-12.492	0	50.394	50.394	10)
300 Fachabteilung 3, Öffentliche Sicherheit, Gemeinden	19.829	14.197	12.128	2.993	21.017	10.020	-10.997	
305 Staatliche Rechnungsprüfungsstelle	28.635	31.185	31.281	27.390	32.545	33.058	513	
400 Fachabteilung 4, Bau und Umwelt	18.832	20.189	18.779	12.551	15.075	18.884	3.809	
SUMME	6.721.906	8.513.138	7.941.077	5.585.768	8.209.281	8.607.877	398.596	

Begründungen:
SiVo Seite 3



Folie 4

Kreis- und Strategieausschuss, 13.11.2017

Kostenträger

	Ist					Plan		Abweichung gegenüber Plan 2017
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
1161 Inanspruchnahme der EDV-Betreuung	255.085	272.796	305.042	393.724	483.763	340.813	342.162	1.350
1162 EDV-Netz/WAN	81.138	78.762	81.521	68.276	83.249	98.530	96.900	-1.630
1170 Telefonnutzung	28.106	32.298	55.152	57.175	62.063	69.139	63.714	-5.425
1171 Benutzung Kopierer, Drucker, Fax	80.743	70.209	111.750	68.613	121.419	86.000	121.000	35.000

Die Steigerung der Kosten für das Produkt 1171 Benutzung Kopierer, Drucker, Fax um 35.000 € gegenüber dem Ansatz 2017 ist u.a. auf die Kosten für eine Kopiererausschreibung sowie Mehrkosten für Kopierpapier etc. zurückzuführen.



Landkreis
Ebersberg

Folie 5

Kreis- und Strategieausschuss, 13.11.2017

Kennzahlen und Steuerbarkeit

Vergleiche im Führungs- und Steuerungsbereich werden vom Innovationsring derzeit nicht verfolgt. Deshalb beschränken sich Vergleiche auf die Entwicklung innerhalb des LRA.

Freiwillige Leistungen im KSA:

Vertragsgegenstand	Vertragsdatum	Laufzeit / Kündigung	IST 2015	ist 2016	Plan 2017	Plan 2018
Kreisdokumentation, Archivpflege (Ktr. 0551)			31.417,17 €	38.864,00 €	36.931,00 €	31.781,00 €
Energieagentur gGmbH (KSt. 031)	Firmengründung	Insolvenz beendet	141.671,00 €	160.044,00 €	127.162,00 €	185.361,00 €
Sozialer Wohnungsbau (KSt. 045), KTR 4142	verschiedene	Projekte	218.613,13 €	201.042,48 €	203.074,00 €	164.200,00 €
Projekt Service- und Kundenorientierung (Innoring, LRA)	verschiedene	Projekte	42.441,84 €	30.232,99 €	20.000,00 €	20.000,00 €
Klimaschutzmanager			91.158,63 €	65.364,22 €	100.580,00 €	65.600,00 €
Gesamtsumme			525.301,77 €	495.547,69 €	487.747,00 €	466.942,00 €



Landkreis
Ebersberg

Folie 6

Kreis- und Strategieausschuss, 13.11.2017

Investitionen – SiVo S. 5

	Ansatz		Veränderung des Ansatzes	Bemerkung
	2017	2018		
Ersatzbeschaffungen / Sonstiges				
045-INVZ Investitionskostenzuschuss Wohnungsbauförderung	200.000	389.500	189.500	
021-0013 Ersatzbeschaffung Notebooks	5.000	25.000	20.000	
021-0014 Ersatzbeschaffung PC's/Server	51.000	45.000	-11.000	
021-0016 Ersatzbeschaffung Fotokamera, TV etc.	1.000	1.000		
095-0028 Zimmereinrichtung		3.000	3.000	
115-0002 Austausch Frankiemaschine		24.000	24.000	
120-0025 Sonst. Betriebs- u. Geschäftsausstattung		1.200	1.200	
115-0003 Büromöbelstück		2.500	2.500	
050-0011 EDV-Ausstattung, Software, Medientechnik	850		-850	
100-0001 EDV-Ausstattung, Software, Medientechnik	90.000		-90.000	
120-0025 Insign-Zubehörsung		1.500	1.500	
120-0062 Software E-Recruiting/Bewerbermanagement	11.000		-11.000	
021-0017 Ersatzbeschaffung Telefon-Apparate	10.000	10.000		
Zwischensumme Ersatzbeschaffungen/ Sonstiges	168.850	497.700	128.850	
Finanzmanagement/ Kreiskasse				
145-0003 Kassenautomat		75.000	75.000	Zusätzlicher Kassenautomat für das Landratsamt (2. Standort)
140-0056 EDV-Hardware	1.000	1.000		
140-0025 Sonst. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	1.000		-1.000	
140-0001 Software		15.566	15.566	Zusätzliche Nutzerlizenzen für die Finanzsoftware
145-0001 Software/Elektronischer Rechnungsworkflow	30.000	500	-29.500	
Zwischensumme Finanzmanagement/Kreiskasse	32.000	92.066	60.066	
EDV				
111-0100 Bürogüter/EDV-Software		105.000	105.000	Wasserdienstreik, Ersatzsystem, etc. Telefonanlage
111-0010 CITRIX Terminal Server	20.000	29.000	9.000	VPN-Client und Software
111-0012 Generalisierung EDV-Ausstattung	200.000	1.126.000	926.000	Leistungserlöse EDV-Anlage im ehem. Sparkassengebäude, Planerkosten, WELN
111-0025 Notebooks, Speicher und Hardware	4.000	4.000		
111-0084 Software divers es: SW-Viren, Uni Messaging, Erw.	3.000	3.000		
111-0047 Server und Anlagen	111.000	112.000	1.000	
111-0023 Kommunikationseinrichtungen	48.000	30.000	-18.000	
Zwischensumme EDV	386.000	1.389.000	1.013.000	
Kreisklinik gGmbH				
041-EBD-04 BA 4: Eigenbetriebsdarlehen	-13	-13		
041-EBD-08 BA 8: Eigenbetriebsdarlehen	-53.084	176.539	229.623	
041-EBD-01 Darlehen: Eigenbetriebsdarlehen	-54.749	57.292	2.543	
041-EBD-NA Zentrale Notaufnahme: Eigenbetriebsdarlehen	97.897		-97.897	
041-EBD-OP San. OP 0,4,5: Eigenbetriebsdarlehen	614.791	54.919	-559.872	
041-EBD-PO Zentr. und EBC/Chancen Parksch gGmbH	-88.000		-88.000	
041-EBD-PO Pfarrer-Guggenbar-Haus: Eigenbeteiligungsdarle	-53.108	-74.182	-21.074	
041-ZP-ZP-Zweischicht-NK gGmbH BA 9	947.200	-2.871.622	-1.924.422	
041-ZB-08 Zuschuss für BA 8 Kreisklinik gGmbH		942.084	942.084	
041-ZB-09 Zuschuss für BA 9 Kreisklinik gGmbH	2.000.000	3.000.000	1.000.000	
041-ZB-NA Zuschuss für Zentr. Notaufnahme Kreisklinik gGmbH	400.000		-400.000	
041-ZB-OP Zuschuss für San. OP 0,4,5 Kreisklinik gGmbH	319.200		-319.200	
041-ZB-PO Zuschuss Pfarrer-Guggenbar-Haus Kreisklinik gGmbH	120.000		-120.000	
Zwischensumme Kreisklinik gGmbH	2.355.736	1.202.599	-1.153.137	
Zwischensumme InvestitionsVOA	5.447.500	5.354.365	-93.135	

Investitionsvolumen 2018:

**3.191.361 € und damit
48.775 € (+ 1,53 %) mehr als
im Vorjahr.**

Größte Posten:

**EDV – Umzug – 1,4 Mio €
Zuschuss BA 9 3,0 Mio €
Zuschuss BA 8 0,9 Mio €
I-Zuschüsse
Wohnbauförder. 389.500 €**



Kreis- und Strategieausschuss, 13.11.2017

Auswirkungen auf den Haushalt

Für den Teilhaushalt des Kreis- und Strategieausschusses werden im Haushalt 2018 Mittel in Höhe von netto 8.607.877 € eingeplant, was **um 398.596 € über** dem Haushaltsansatz des Vorjahres liegt.

Für Investitionen werden im Teilhaushalt 2018 insgesamt **3.191.361 €** eingeplant.



Kreis- und Strategieausschuss, 13.11.2017

Beschlussvorschlag:

Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 1. Für den Teilhaushalt des Kreis- und Strategieausschusses (26 Budgets) werden im Haushalt 2018 Mittel in Höhe von netto 8.607.877 € eingeplant.**
- 2. Bei den Investitionen werden im Haushalt 2018 insgesamt 3.191.361 € eingeplant.**



Landkreis
Ebersberg



Landkreis Ebersberg

Kreis- und Strategieausschuss am 13.11.2017 TOP 6

Haushalt 2018; Stellenplan 2018

Stellenplan 2018

Übersicht über die Verwendung der Reservestellen 2017

genehmigt:

- **4 allgemeine Reservestellen:**

- **SB Unterhaltsvorschussgesetz** (Gesetzesänderung innerhalb des UVG zum 01.07.2017)

- **Personalsachbearbeitung:** Fallzahlensteigerung: Ausschreibungen, Umsetzungen, Eingruppierung, Stellenbewertung

- **SB „Bildung und IT“:** Controlling an Schulen, Gastschulbeiträge, Sachaufwand Schulen

- **1 Stelle** noch unbesetzt, wird jedoch noch zur **krankheitsbedingten Nachbesetzung** benötigt.



Landkreis
Ebersberg

Stellenplan 2018

Übersicht über die Verwendung der Reservestellen 2017

genehmigt:

- **4 Reservestellen Asyl:**

- 1 Stelle für **Jobcenter** (Fallzahlenerhöhung durch Verlagerung der Leistungen) nach Anerkennung
- 1 Stelle an SG „Bildung und IT“ – Schülerbeförderung **BiK-Klassen**; Einrichtung und Abrechnung BiK-Klassen
- **2 Stellen werden zurückgegeben.**



Folie 3

Margrita Schwanke-Berner, KSA 13.11.2017

Stellenplan 2018

Anträge

12 Stellen wurden zusätzlich beantragt:

- Die Verwaltung befürwortet jedoch nur 10 neue Stellen.
- Stellen „Fachkundige Stelle Wasserwirtschaft“ wird **nicht** befürwortet, da Staatsaufgabe.
- SG „Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Gemeinden“: insgesamt **nur eine Stelle**, da die beiden zusätzlichen Bedarfe im Sachgebiet zunächst mit je einer Halbtagsstelle abgedeckt werden könnten.
- Die Verwaltung schlägt darüber hinaus die Genehmigung von 3 Reservestellen vor, um während des Jahres auf dringende Bedarf reagieren zu können. Diese Stellen werden nur besetzt, wenn das zentrale Controlling, der Personalservice und die Amtsleitung die Stelle befürworten.



Folie 4

Margrita Schwanke-Berner, KSA 13.11.2017

Stellenmehrungen 2018

Stelle	Personalkosten 2018	Im Haushalt 2018 neu zu veranschlagen	Personalkosten 2019 ff
Bürgerbüro (2 Stellen)	19.740 €	19.740	68.100
Registratur/ Poststelle	9.870	9.870	33.260
Fachkraft „Social Media“	54.930	27.465	54.930
Finanzmanagement (Steuerfachkraft)	18.000	0	48.240
Öffentliche Sicherheit und Ordnung (Sachbearbeitung zur Unterstützung in kommunalrechtlichen Angelegenheiten, Sicherheitsrecht)	27.460	27.460	54.920
Fachkraft Naturschutz	56.310	56.310	56.310
Bezirkssozialarbeit - sozialpädagogische Fachkraft	59.920	59.920	59.920
Jugendsozialarbeit (Schulsozialarbeit für Gemeinde Vaterstetten: 0,5 VZÄ) – Einsparung bei Zuschüssen	29.750	0	29.750
KoKi (Kinderkrankenschwester-Besetzung 0,38 VZÄ) jedoch 100% Förderung	18.240	0	18.240
3 weitere Reservestellen werden nicht kalkuliert	0	0	0
Summe zusätzliche Personalkosten	294.220	200.735	423.670

10 (alternativ 11) zusätzliche Stellen 2017, sowie 3 Reservestellen,

von denen 6 Stellen zusätzlich einzuplanen sind.

Da 5 Stellen (4 x Asyl + 1 Beamtenstelle) eingezogen werden, ergibt sich nur eine Stellenerhöhung um 8 (alternativ 9) Stellen.



Margrita Schwanke-Berner, KSA 13.11.2017

Folie 5

Stellensituation im Asylbereich zum 31.10.2017

Fachbereich	genehmigte Stellen nach Rückgabe von 9 Stellen zum 01.01.2017	davon besetzt zum Stand: 31.10.2017	Bemerkungen
SG 22 Betreuung Asylbewerberleistungsgesetz	17 Stellen (+ 2 Stellen Staat)	13,99 Stellen	2 Stellen werden zurückgegeben; eine Stelle wurde zum JC verlagert;
Abt.6 uMA Betreuung unbegleitete Minderjährige	21 Stellen	21,78 Stellen	
Jobcenter	2 Stellen +	4 Stellen	*Zuordnung einer Reservestelle Asyl zum JC; Verlagerung einer Stelle von SG 22 an JC
SG 31 Ausländeramt	2 Stellen	2 Stellen	
Gesundheitsamt	1 Stelle	1 Stelle	
SG Bildung IT	0 Stellen	1 Stelle	
Reservestellen	4 Stellen	0 Stellen	Zuordnung einer Stelle an SG 11 (Einrichtung BiK-Klassen) und einer Stelle an JC 2 Stellen werden zurückgegeben
Summe	47 Stellen	43,77 Stellen	=> Rückgabe von 4 Asylstellen

Derzeit sind 43,77 Stellen für Asyl besetzt.

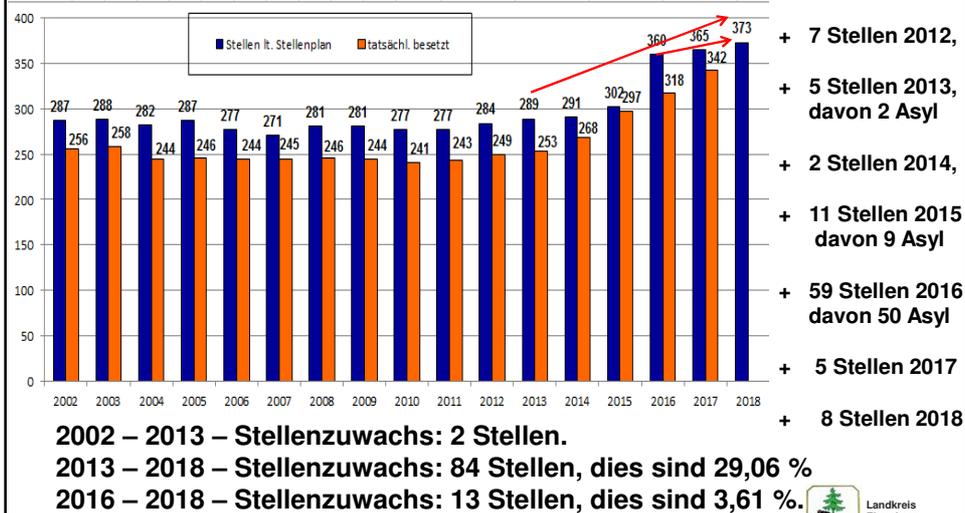
Ab 2017 wurden 9 Stellen eingezogen, ab 2018 werden weitere 4 Stellen eingezogen.



Margrita Schwanke-Berner, KSA 13.11.2017

Folie 6

Entwicklung des Personaleinsatzes im Landratsamt

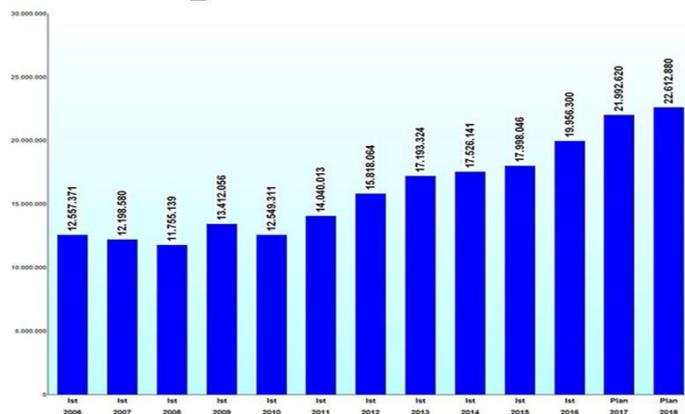


Folie 7

Margrita Schwanke-Berner, KSA 13.11.2017



Entwicklung der Personalaufwendungen



Einkalkulierte Tarifsteigerung ab 1.1.2018 + 2,5 % bei den Beschäftigten (362.000 €) und ganzjährig + 2,35 % bei den Beamten (30.000 €), bereits eingeplante zusätzliche Stellen (65.990 €), 3 in 2017 besetzte Reservestellen (131.700 €) und sich aus 2017 ganzjährig auswirkende Stellensteigerungen insbesondere aufgrund der neuen Entgeltordnung sowie steigende Beihilfebelasten und steigende Versorgungslasten bei den Beamten (ca.150.000 €).

Folie 8

Margrita Schwanke-Berner, KSA 13.11.2017



Beschlussvorschlag

Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

1. Die beantragten 10 (**alternativ: 11**) neuen Stellen:

- Stellen 12.14 und 12.15 Bürgerservice (2 Stellen)
- Stelle 11.29 Registratur/Poststelle (1 Stelle)
- Stelle BL.9 Fachkraft „Social Media“ (1 Stelle)
- Stelle 14.8 Finanzmanagement (1 Stelle Steuerfachkraft)
- Stelle 33.17 Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Gemeinden
(Sachbearbeitung zur Unterstützung in kommunalrechtlichen
Angelegenheiten, Sicherheitsrecht – 1 Stelle – **alternativ 2 Stellen**)
- Stelle 45.11 Naturschutz und Landschaftspflege (1 Fachkraft Naturschutz)
- Stelle 6.85 Bezirkssozialarbeit (1 Stelle sozialpädagogische Fachkraft)
- Stelle 6.86 Jugendsozialarbeit (Schulsozialarbeit für Gemeinde Vaterstetten:
1 Stelle: Besetzung 0,5 VZÄ)
- Stelle 6.87 KoKi (1 Stelle Kinderkrankenschwester- Besetzung 0,38)

werden genehmigt.



Folie 9

Margrita Schwanke-Berner, KSA 13.11.2017

Beschlussvorschlag

Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

2. Es werden 4 Asylstellen und 1 Beamtenstelle 12.23 eingezogen.
3. Die Stellen 12.24 – 12.26 (3 weitere Reservestellen) werden genehmigt und im Personalservice ausgewiesen. Haushaltsmittel werden nicht veranschlagt.
4. Der haushaltsrechtliche Stellenplan 2018 des Landkreises wird auf Grundlage des vorgelegten Entwurfes verabschiedet. Die Beschlussfassung darüber erfolgt zusammen mit dem Kreishaushalt 2018.



Folie 10

Margrita Schwanke-Berner, KSA 13.11.2017



Landkreis Ebersberg

**Anregungen - Fragen?
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**



Landkreis Ebersberg

Kreis- und Strategieausschuss am
13.11.2017 TOP 7

Haushalt 2018; Beratungen über den Haushaltsentwurf; Erste Lesung

Was sollte heute das Ergebnis sein?

Die Ergebnisbudgets der Teilhaushalte sollten heute festgelegt werden, damit für die zweite Lesung ein Haushaltsentwurf vorgelegt werden kann.

Die Investitionen (einschl. Warteliste) sollten festgelegt werden, damit für die zweite Lesung der künftige Schuldendienst aktualisiert werden kann (Kredite, Tilgung, Zinsen).

In der zweiten Lesung des Haushalts am 04.12.2017 werden die Schlüssel- und Strukturdaten, insb. Kreis- und Bezirksumlage sowie Schlüsselzuweisungen diskutiert und in den Haushalt eingearbeitet, den der Kreistag am 18.12.2017 beschließen soll.



Landkreis
Ebersberg

Cockpit 1. Umlagekraft

Steigt 2018 um 3,52 % - Vorjahr: + 5,57 %!

1 Punkt Kreisumlage = 1.632.522 € (+ 55.501 €).

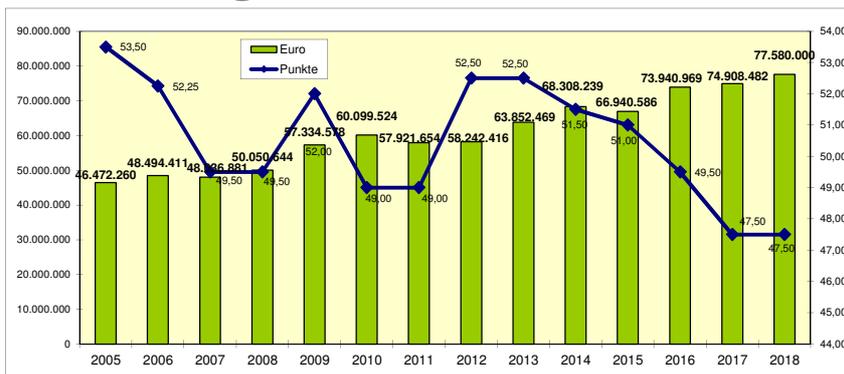
Erträge steigen bei unveränderter Berechnungsgrundlage
(47,5 %) um 2.671.518 €.



Folie 3

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Kreisumlage



Bei gleichbleibender Kreisumlage würde der **Landkreis 2.671.518 € mehr** von dem Gemeinden bekommen als 2017. Die Entwicklung der Umlagekraft:

2011: - 3,62 % 2013: + 9,63 % 2015: - 1,04 % 2017: + 5,57 %
2012: - 6,15 % 2014: + 9,05 % 2016: + 13,80 % 2018: + 3,52 %



Folie 4

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Cockpit 2. Bezirksumlage

Der Bezirk gab bekannt, dass er seine Umlage von 19,5 % um 1,5 Punkte auf 21,0 % erhöhen wird. Und dies, obwohl die Umlagekraft beim Bezirk um 6,1 % steigt!

Grund für die Erhöhung der Bezirksumlage sind die um 5,9 % bzw. um 75 Mio. € steigenden Sozialausgaben. Zudem hat der Bezirk aus Art. 15 FAG einen Rückgang von 13,2 Mio. € hinzunehmen.

Eine Erhöhung der Bezirksumlage wurde eingeplant.

1 Punkt Bezirksumlage = 1.633.241 € (+ 55.609 €) = + 3,52 %

Aufwendungen steigen bei Berechnungsgrundlage (21 %) um 3.540.000 €.

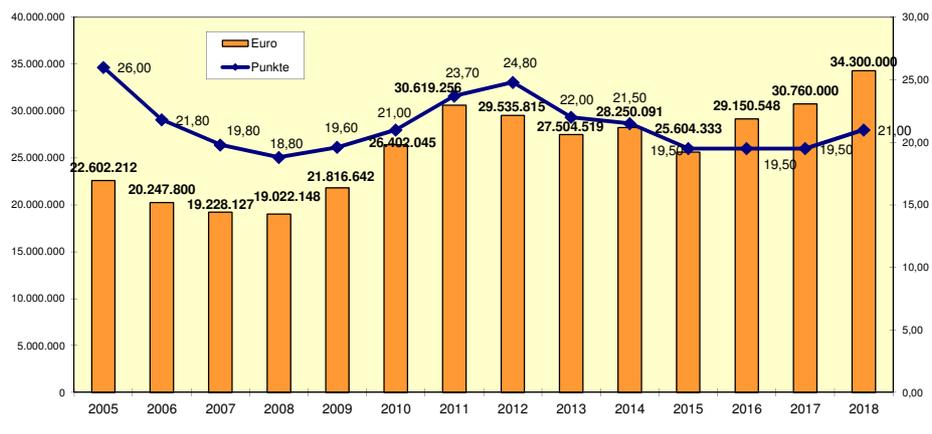
Von 77,5 Mio KU muss der Landkreis 34,3 Mio (= 44,25 %) direkt an den Bezirk Oberbayern weiterleiten.



Folie 5

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Bezirksumlage



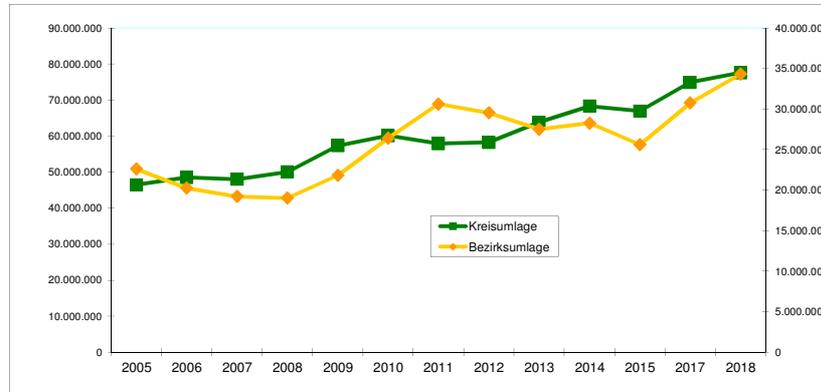
Die Umlagekraftsteigerung der letzten Jahre wirkt sich auch auf die Höhe der Bezirksumlage aus.



Folie 6

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Entwicklung KU und BU im Vergleich



Bei unveränderter Kreisumlage muss der Landkreis 2018 um 868.482 € mehr an den Bezirk abführen, als er selbst an Umlagekraftsteigerung von den Gemeinden erhält.



Folie 7

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Cockpit 3. Schlüsselzuweisungen

Die Schlüsselzuweisungen werden endgültig erst Mitte Februar 2018 mitgeteilt.

Für die Berechnung mussten die Einwohnerzahlen zum 31.12.2016 hochgerechnet werden.

In Anwendung dieser vorläufigen Zahlengrundlagen wurden die Schlüsselzuweisungen für den Landkreis Ebersberg mit 18.900.000 € eingeplant, das ist eine Steigerung gegenüber der Planung des Vorjahres um 2.800.000 €.

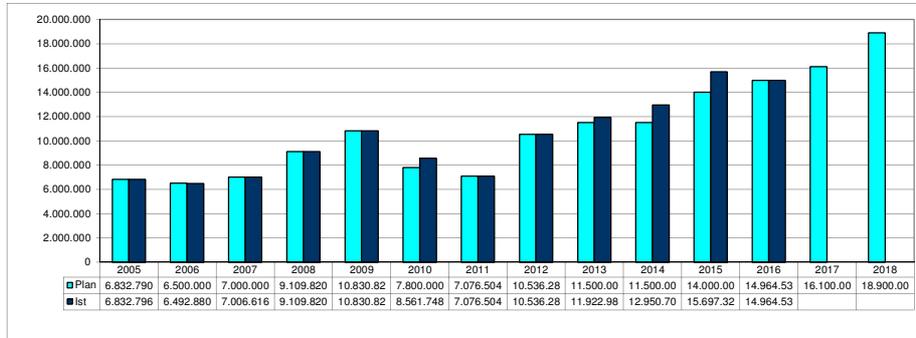
Ursächlich für die deutliche Steigerung ist der Umstand, dass die „letzte Bundesmilliarde aus der Eingliederungshilfe“ über das FAG verteilt wird, was sich bei den Schlüsselzuweisungen der Landkreise steigernd auswirkt“.



Folie 8

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Schlüsselzuweisungen



Erhöhung der Schlüsselzuweisungen gegenüber dem Vorjahr um
2.800.000 €.

Der Grundbetrag zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen wurde
mit 680 € angenommen.

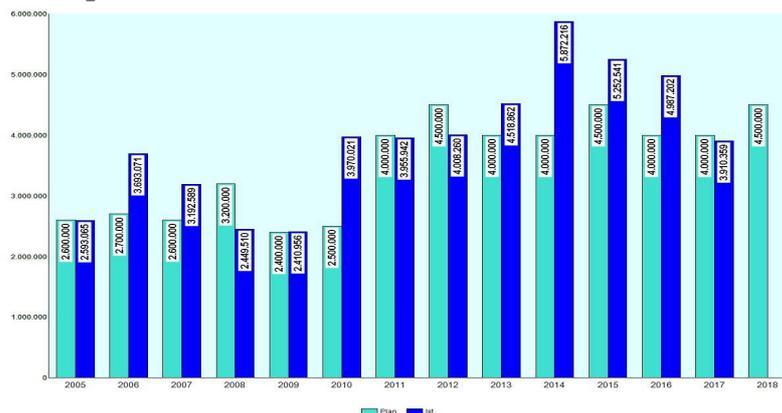


Landkreis
Ebersberg

Folie 9

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Cockpit 4. Grunderwerbsteuer



Es werden für das Jahr 2018 4,5 Mio. aus dem Kommunalanteil der
Grunderwerbsteuer eingeplant (+ 0,5 Mio €).

Der Planansatz für das Jahr 2017 wird um mindestens 500.000 €
überschritten werden.



Landkreis
Ebersberg

Folie 10

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Cockpit 5. Zusammenfassung

Summe der Belastungsfaktoren: 4.240.000 €
Summe der Entlastungsfaktoren: 5.971.518 €

Damit fließen dem Kreishaushalt aus den „großen Posten“ gegenüber dem Vorjahr 1,73 Mio. € mehr zu als 2017.

Insgesamt steigen die Nettoerträge im Kreishaushalt auf der Finanzierungskostenstelle um 2,04 Mio. €.

Die einzelnen Veränderungen können der Anlage 2 entnommen werden.

Auf Basis von 47,5 % Kreisumlage beträgt der Ergebnisüberschuss derzeit 9.090.300 €.



Folie 11

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Cockpit 5. Zusammenfassung

Das Ergebnis liegt um 1 Mio. € unter der Empfehlung der Finanzmanagerin, die in den nächsten Jahren angesichts der hohen anstehenden Investitionen Ergebnisüberschüsse von 10 Mio. € pro Jahr als Eigenfinanzierungsanteil empfiehlt.

Zumindest in den kommenden 3-4 Jahren dürfte damit die Einhaltung der Finanzleitlinie des Kreistags gesichert sein.

Mit dem Überschuss von 9 Mio € können von den geplanten 24,8 Mio € Investitionen knapp 36 % über Eigenmittel finanziert werden.



Folie 12

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

5 Warnindikatoren der Finanzleitlinie

1. Warnindikator **Schuldenabbau**
2. Warnindikator **Ergebnisüberschuss**
3. Warnindikator **Schuldendienst**
4. Warnindikator **Schuldenstand**
5. Warnindikator **Eigenfinanzierungsanteil**

S. Seite 3 und 4 Sitzungsvorlage.

Alle Warnindikatoren sind derzeit eingehalten.



Folie 13

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017



Landkreis Ebersberg

Die Teilhaushalte der Fachausschüsse

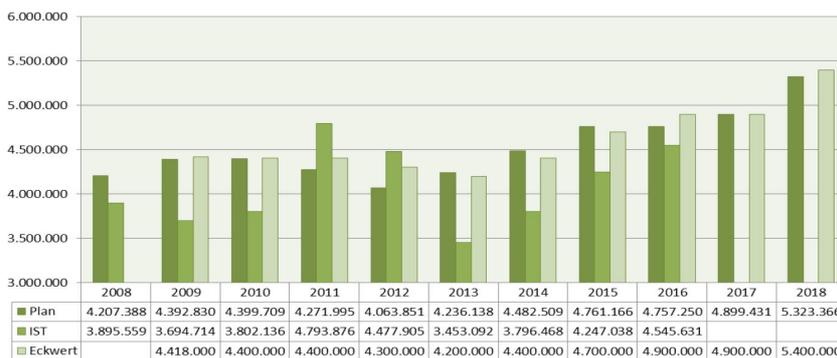


Landkreis Ebersberg

Ausschuss für Umwelt, Landkreisentwicklung und Infrastruktur (ULV)

Beschlossen am 27.09.2017 – TOP 6 ö
- Einstimmig -

Entwicklung Teilhaushalt ULV-Ausschuss



Die tatsächliche Planung **unterschreitet** den vom Kreistag vorgegebenen Eckwert **um 76.634 € bzw. 1,4 %**.

Der Nettobedarf liegt **um 423.935 € über** dem des Vorjahres.



Kommunale Abfallwirtschaft

Für die kostenrechnende Einrichtung Kommunale Abfallwirtschaft werden 6.504.000 € Erträge und 6.504.000 € Aufwendungen eingeplant.

Im Haushaltsjahr 2018 gleichen sich die Aufwendungen und Erträge aus, weil 2018 das erste Jahr der neuen Gebührenkalkulation der Kommunalen Abfallwirtschaft ist.

Die Gebührenaufgleichsrücklage hat zum 31.12.2016 einen Stand von 1.357.316 €.

**Für Investitionen der KAW werden 285.500 € geplant.
Diese können aus der vorhandenen Liquidität gedeckt werden.**



Folie 17

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

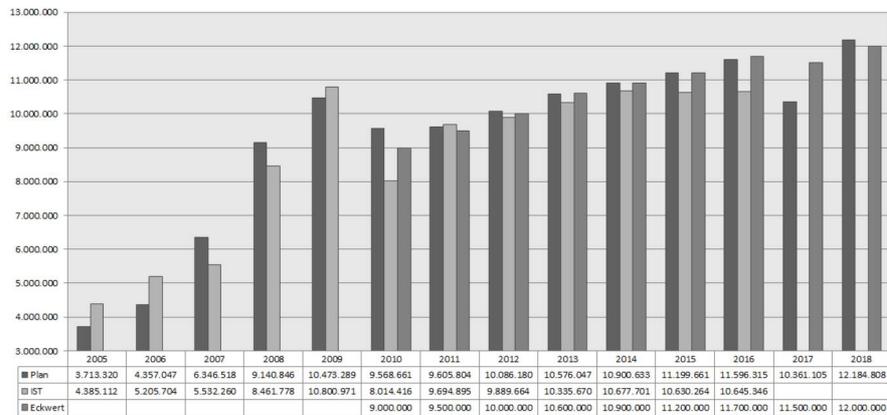


Landkreis Ebersberg

**Ausschuss Liegenschaften, Schulbauten
und Vergaben (LSV)**

**Beschlossen am 18.10.2017 – TOP 3 ö
- Einstimmig -**

Entwicklung Teilhaushalt LSV



Der vom Kreistag vorgegebene Eckwert in Höhe von 12 Mio. €
wurde um **184.808 € verfehlt, das sind 1,54 %.**



Landkreis
Ebersberg

Folie 19

Brigitte Keller, KSA, 14.11.2016

Beratungen im LSV

Im ersten Planungsentwurf der Sachgebiete des LSV-Ausschusses wurde ein Budget von 12.784.808 € angemeldet. Diese Planung hätte den Eckwert deutlich überschritten.

Aus diesem Grund wurde bei der Kostenstelle 943 Gebäude – Haupthaus, welche die höchsten Bewirtschaftungskosten verursacht, eine Pauschalkürzung von 600.000 € eingeplant.

Diese pauschal auf der Kostenstelle 943 geplante Kürzung, soll sich in der Haushaltsbewirtschaftung im Jahr 2018 allerdings möglichst anteilig bei allen Kostenstellen des LSV-Ausschusses widerspiegeln.



Landkreis
Ebersberg

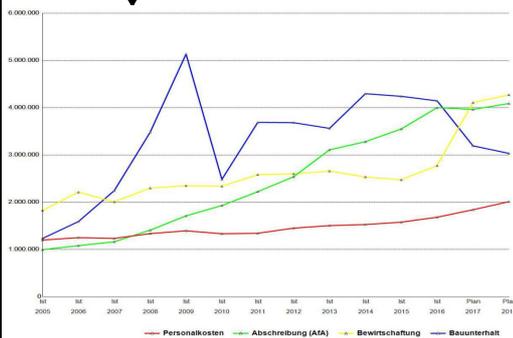
Folie 20

Brigitte Keller, KSA, 14.11.2016

Hauptaufwandsarten – ohne Erträge

		Personalkosten	Afa	Bewirtschaftung	Bauunterhalt	Summe
2005	Ist	1.197.406	992.461	1.779.878	1.231.068	5.200.813
2006	Ist	1.247.879	1.075.797	2.161.726	1.587.484	6.072.885
2007	Ist	1.231.585	1.151.806	1.957.061	2.114.271	6.454.724
2008	Ist	1.333.461	1.405.611	2.247.394	3.331.974	8.318.440
2009	Ist	1.392.993	1.707.300	2.292.022	4.954.347	10.346.661
2010	Ist	1.330.433	1.924.311	2.283.626	2.305.950	7.844.320
2011	Ist	1.340.370	2.214.446	2.531.964	3.510.312	9.597.091
2012	Ist	1.448.899	2.527.848	2.546.856	3.489.764	10.013.367
2013	Ist	1.502.766	3.094.604	2.609.096	3.359.538	10.566.004
2014	Ist	1.525.315	3.254.911	2.481.757	4.085.469	11.347.451
2015	Ist	1.575.640	3.511.227	2.423.458	4.020.926	11.531.251
2016	Ist	1.680.312	3.959.140	2.727.429	3.926.719	12.293.599
2017	Plan	1.838.150	3.926.883	4.052.800	2.860.150	12.677.983
2018	Plan	2.008.340	4.052.036	4.205.042	2.632.350	12.897.768

Seit dem Jahr 2017 wird die PPP-Betriebsleistung in Bewirtschaftung und Bauunterhalt aufgeteilt. Bis dahin wurde diese dem Bauunterhalt zugeordnet.



Veränderung 2017/2018:

Personalaufwendungen +9,3%

Afa + 3 %

Bewirtschaftung + 4 %

Bauunterhalt - 8 %



Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Kaufmännische Bewertung

Abschreibung:

Für den Werteverhalt sollte mindestens die Höhe der Abschreibung, das wären 4,05 Mio. €, eingesetzt werden.

Dies ist 2016 gelungen, 2017 und 2018 ist das derzeit planerisch nicht mehr darstellbar, weil erstmals die Kosten der PPP-Schulen getrennt nach Bewirtschaftung und Bauunterhalt dargestellt werden können.

Die IST-Entwicklung ist sorgfältig zu beobachten und ggf. muss im Haushalt 2019 reagiert werden. Dass die Abschreibung höher ist als die Bauunterhaltungsaufwendungen, sollte keinesfalls als dauerhafter Zustand akzeptiert werden.



Folie 22

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

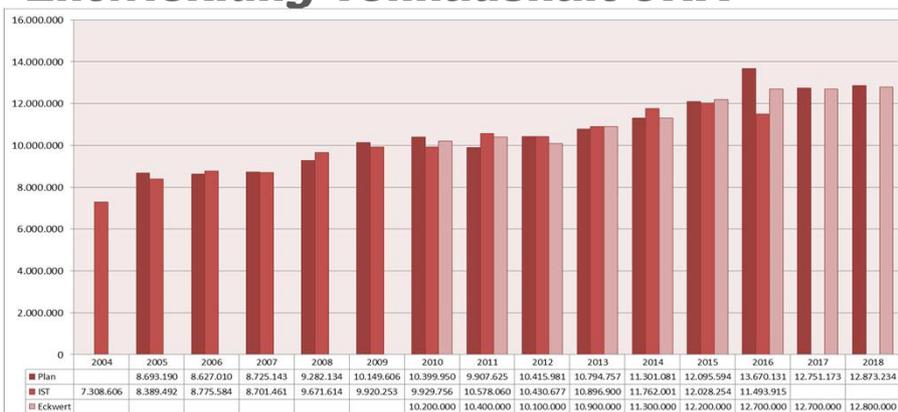


Landkreis Ebersberg

Jugendhilfeausschuss (JHA)

Beschlossen am 12.10.2017 – TOP 4 ö
 - Einstimmig -

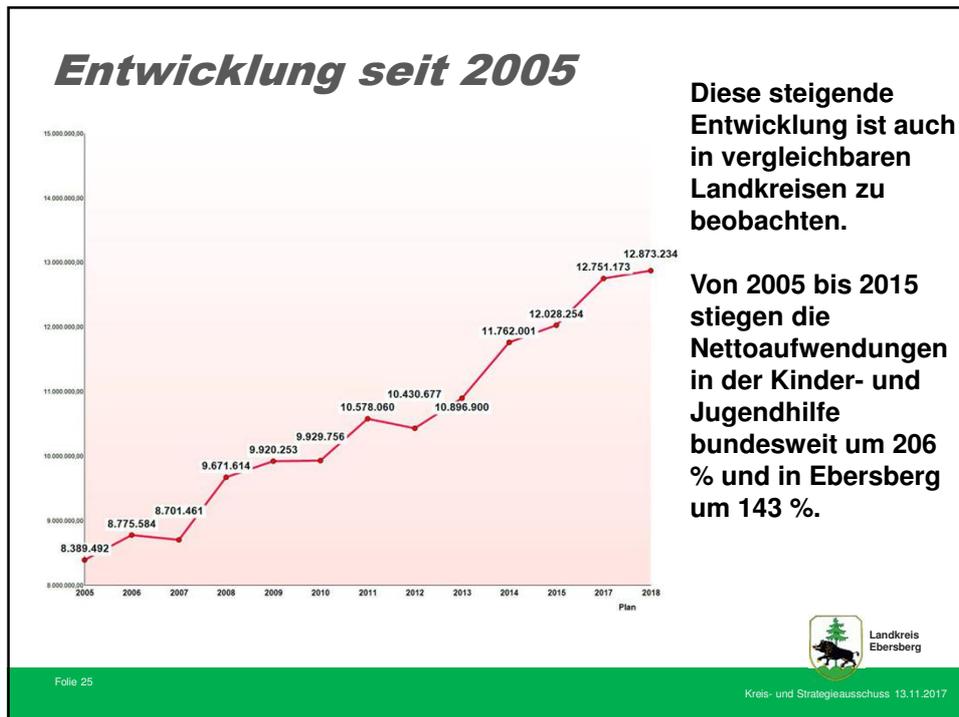
Entwicklung Teilhaushalt JHA



Der vom Kreistag vorgegebene Eckwert von 12,8 Mio. € wird nahezu eingehalten (Abweichung: + 73.234 € = 0,6 %).

Der Plan liegt um 122.061 € (+ 0,96 %) über der Planung des Vorjahres.





Risiken des Budgets

Nach den aktuellen Planungen des Jugendamtes werden die Produktkosten in der Jugendhilfe auch zukünftig weiter ansteigen. Ursächlich hierfür ist vor allem der Umstand, dass die Bewirtschaftung der Produkte sehr personalintensiv ist. Die jährlichen Tarifierhöhungen wirken sich dementsprechend auf die Entwicklung der Personalkosten in der Jugendhilfe aus.

Eine angekündigte umfassende Reformierung des SGB VIII ist für das Haushaltsjahr 2018 noch nicht zu erwarten, sodass hiermit verbundene Kostensteigerungen in der aktuellen Budgetplanung noch nicht berücksichtigt wurden.

Für zukünftige Finanzplanungsjahre ist allerdings mit dieser Reformierung von einer Kostensteigerung auszugehen.

Folie 26

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017



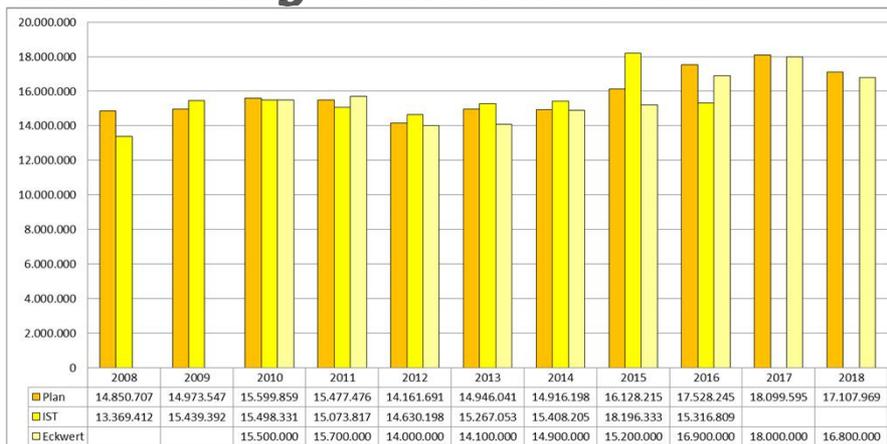


Landkreis Ebersberg

**Ausschuss für Soziales, Familie, Bildung,
Sport und Kultur
(SFB)**

**Beschlossen am 04.10.2017 – TOP 8 ö
- Einstimmig -**

Entwicklung Teilhaushalt SFB



**Die Planung 2018 überschreitet den vom Kreistag vorgegebenen
Eckwert um 307.969 € bzw. 1,83 %.**

Der Nettobedarf liegt um 991.626 € unter dem des Vorjahres.



Kürzungen durch die Finanzmanagerin

Die Sachgebiete planten in der ersten Fassung ein Ergebnis des Teilausschusses i.H.V. 18,9 Mio. €.

In den Vorverhandlungen des Finanzmanagements wurde nach Korrekturen eine Planung von 18,2 Mio. € erzielt.

Zur Annäherung an den Eckwert waren weitere Kürzungen bei einzelnen Kostenstellen (Asyl, Berufsintegrationsklassen, Sozialamt, Sport und Gastschüler) notwendig.

Insgesamt wurden im Vorfeld Kürzungen von 1,8 Mio € umgesetzt.

Grund für die starken Kürzungen:
Das IST-Ergebnis 2016 lag um 2,2 Mio. € unter der Planung, im Folgejahr wurde der Plan aber nochmals um 0,5 Mio. € erhöht!



Folie 29

Kreis- und Strategieausschuss am 13.11.2017

Gründe für die Überschreitung des Eckwertes

Hauptgrund für die Verfehlung des Eckwertes sind Sachverhalte, die im Juli noch nicht bekannt waren, insb. bei den Schulen. Obwohl die Schülerzahlen zurück gingen stieg das Nettobudget in diesem Bereich um 470.000 €.

Zusätzliche Mittel waren für die Erstellung von W-LAN-Konzepten an fünf Schulen einzuplanen. Bei nahezu allen Schulen erhöhten sich die Kosten für Lehr- und Unterrichtsmaterialien aufgrund der Einführung des neuen Lehrplans PLUS.

Und schließlich wurden die Wertgrenzen für Geringwertige Wirtschaftsgüter von 410 € auf 800 € angehoben, was zu Verschiebungen von den Investitionen zur Ergebnisrechnung bedeutet.



Folie 30

Kreis- und Strategieausschuss am 13.11.2017

Die höchsten Abweichungen

Der Nettobedarf der Kostenstelle 220 Sozialamt sinkt gegenüber dem Plan 2017 um **466.726 €**.

Durch eine gesetzliche Änderung wird die Hilfe zur Pflege ab dem Haushaltsjahr 2018 in den Zuständigkeitsbereich des Bezirks als überörtlicher Sozialhilfeträger übergehen, wodurch bei dieser sehr kostenintensiven Leistung mit einer finanziellen Entlastung von insgesamt 330.000 € gerechnet wird.

Künftig erfolgt die Belastung des Kreishaushalts über die Bezirksumlage und nicht mehr über eigene Leistungskosten!



Folie 31

Kreis- und Strategieausschuss am 13.11.2017

Asyl – Kostenstelle 222 -504.071 €

	2015		2016		2017		2018	2018
	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Plan	Abw. Plan Vorjahr
222 Asyl	2.386.860	-30	-628.118	469.860	-998.998	925.469	421.398	-504.071

Die Aufwendungen für den Bereich Asyl werden 2018 mit **4.213.980 €** veranschlagt. Die geplanten Erstattungen durch den Freistaat Bayern liegen bei **3.789.097 €**. Der geplante Eigenanteil des Landkreises liegt bei **421.398 €**.

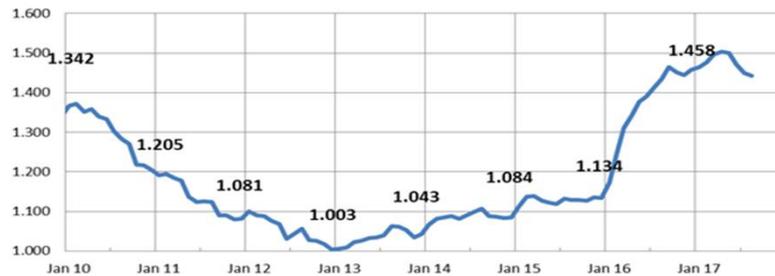
Damit wird geplant, dass der Landkreis im Bereich Asyl Sozialamt 10 % der Kosten trägt (darin enthalten sind nicht die Kosten für die unbegleiteten minderjährige Flüchtlinge, die im Teilbudget des Jugendhilfeausschusses abgebildet sind).



Folie 32

KSA 13.11.2017

Jobcenter – KSt. 250 - 595.362 €



2018 wird mit durchschnittlich 1.550 BG's geplant.

Die Kosten der Unterkunft wurden für die Planung 2016 mit 420,00 € KdU pro BG angenommen.

Als Planwert der KdU für 2018 wurde angenommen: 1.550 BG x 420,00 € x 12 Monate = 7.812.000 €.

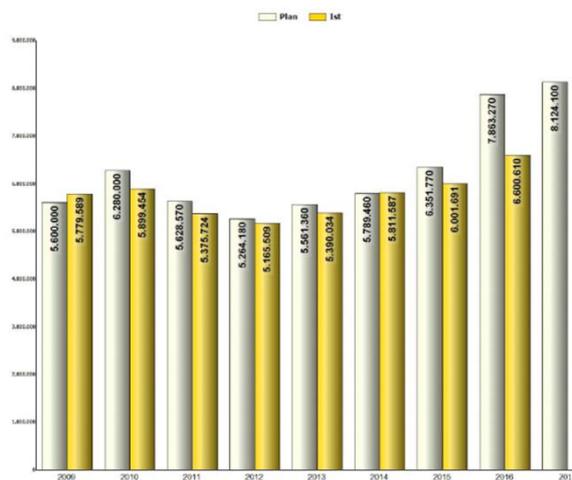
Das Jobcenter hat die Planung mit 1.575 BG x 431,00 € x 12 Monate = 8.145.900 € vorgeschlagen.



Folie 33

KSA 13.11.2017

Jobcenter – Entwicklung der KdU



Die KdU steigt gegenüber dem Vorjahr um 260.830 € bzw. 3,3 %.

Trotz des sicheren Aufwuchses gerade wegen der anerkannten Flüchtlinge sollte der Planansatz zur Aufgabenerfüllung ausreichend sein – der Abstand zum IST-Ergebnis 2016 ist hoch (+ 1,52 Mio €)



Folie 34

KSA 13.11.2017

Monatliche Kosten der Unterkunft

	KDU pro BG	Veränd. zum Vorjahr in %
2007	350,18 €	
2008	359,31 €	2,6%
2009	370,30 €	3,1%
2010	374,99 €	1,3%
2011	392,38 €	4,6%
2012	395,72 €	0,9%
2013	417,33 €	5,5%
2014	428,66 €	2,7%
2015	426,44 €	-0,5%
2016	381,89 €	-10,4%
01- 08/2017	417,65 €	9,4%

Die Unterkunftskosten steigen 2017 wieder an, das liegt ausschließlich am flüchtlingsbedingten Zuwachs und den rückwirkenden Abrechnungen. Solange die anerkannten Asylbewerber in den staatl. Unterkünften verbleiben können, entstehen dem Landkreis nur geringe Unterkunftskosten.



Folie 35

KSA 13.11.2017

Risiken beim Jobcenter

Die Planung birgt Risiken:

„Bei der Einschätzung der Menschen mit Fluchthintergrund ergibt sich eine außergewöhnlich hohe Planungsunsicherheit – zu erwarten ist, dass diese Einschätzung – in welche Richtung auch immer – laufend nachgesteuert werden muss“.



Folie 36

KSA 13.11.2017



Landkreis Ebersberg

Schulen

Schülerzahlen nach Schulen

Schule	Schülerzahl 01.10.2016	Schülerzahl 01.10.2017
Realschule Ebersberg	934	874
Realschule Markt Schwaben	649	628
Realschule Poing	624	626
Gymnasium Grafing	1.103	1.074
Gymnasium Vaterstetten	1.539	1.539
Gymnasium Markt Schwaben	1.190	1.247
Gymnasium Kirchseeon	1.123	1.104
SFZ Grafing	205	222
SFZ Poing	220	204
Summe	7.587	7.518
<u>Nachrichtlich:</u>		
Zweckverbandsrealschule Vaterstetten	1.097	1.094
FOS / BOS Erding (Gesamt)	998	990
davon aus dem Landkreis Ebersberg	231	208

Der Bedarf bei den Schulen steigt gegenüber dem Vorjahr um 163.749 € bzw. 13,9 %.

Die Schülerzahl (vorläufig) sinkt voraussichtlich um 69 auf 7.518 Schüler (- 0,9 %).

Auch beim ZV und FOS/BOS ED sinken die Schülerzahlen leicht.



Gründe für die Budgetsteigerungen:

- Mittel für die Erstellung von W-LAN-Konzepten an fünf Schulen
- Erhöhung der Kosten für Lehr- und Unterrichtsmaterial durch Einführung des neuen Lehrplans
- Erhöhung der Wertgrenze für Geringwertige Wirtschaftsgüter von 410 € auf 800 €



Landkreis
Ebersberg

Folie 39

KSA 13.11.2017

Berufsintegrationsklassen Kst. 895 + 162.582 €

Für die Beschulung der Berufsintegrationsvorklassen und Berufsintegrationsklassen wurde 2017 in einer europaweiten Ausschreibung ein Kooperationspartner gesucht.

Bei der Planung für das Haushaltsjahr 2018 wird eine Anzahl von 6 Berufsintegrationsvorklassen und 4 Berufsintegrationsklassen zugrunde gelegt. Pro Berufsintegrationsklasse wird mit anfallenden Aufwendungen in Höhe von 65.318 € gerechnet, wodurch unter Berücksichtigung der Zuweisungen (50.000 €), Nettokosten in Höhe von rund 15.318 € pro Berufsvorintegrationsklasse, vom Landkreis zu tragen sind.

Bei den Berufsintegrationsklassen werden Aufwendungen von 58.419 € pro Klasse erwartet. Nach Berücksichtigung der Zuweisungen (45.150 €) entfallen auf den Landkreis pro Berufsintegrationsklasse noch Nettokosten von 13.269 €.



Landkreis
Ebersberg

Folie 40

KSA 13.11.2017

Berufsintegration – Kosten des Landkreises

Insgesamt setzen sich die Kosten für die Berufsintegration für das Jahr 2018 wie folgt zusammen:

	Klassenanzahl	Aufwand gesamt	Ertrag gesamt	Nettokosten gesamt
BIK/V	6	391.908	300.000	91.908
BIK	4	233.675	180.600	53.075
		625.582	480.600	144.982



Landkreis
Ebersberg

Folie 41

KSA 13.11.2017

Rücklagen der Schulen

	Seminarrücklage	Büchergeldrücklage	Allgemeine Rücklage	Summe Rücklagen
820 Sachaufwand RS Ebersberg	2.236	47.002	32.944	82.183
830 Sachaufwand RS Markt Schwaben	0	128.755	3.849	132.604
833 Sachaufwand RS Poing		16.273	9.960	26.233
840 Sachaufwand Gym. Grafing		35.875	11.611	47.485
850 Sachaufwand Gym. Vaterstetten		121.411	16.142	137.554
860 Sachaufwand Gym. Markt Schwaben		51.951	5.673	57.624
865 Sachaufwand Gym. Kirchseeon		53.296	246	53.050
880 Sachaufwand SFZ Grafing		10.364	10.506	20.870
890 Sachaufwand SFZ Poing		8.593	14.360	22.954
SUMME	2.236	473.520	104.800	580.557

Während die Rücklagen für Seminarschulen und Büchergeld nur zweckbestimmt verwendet werden dürfen, steht die „Rücklage Schulbudget“ ohne Zweckbestimmung „frei“ zur Verwendung für Sachmittelausstattung der Schule zur Verfügung.



Landkreis
Ebersberg

Folie 42

KSA 13.11.2017

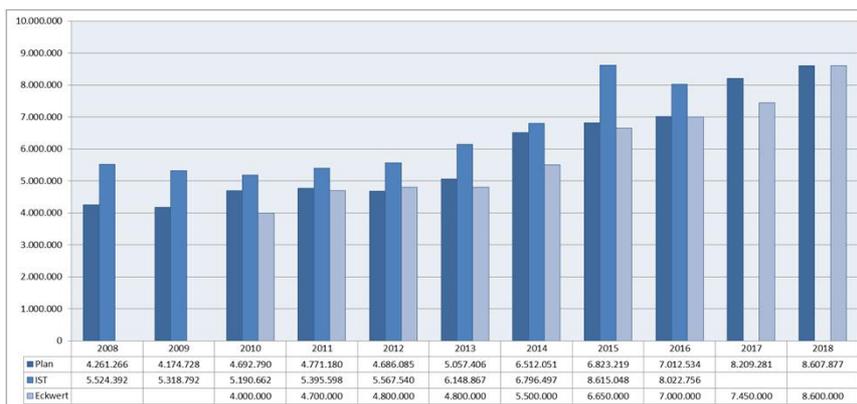


Landkreis Ebersberg

Kreis- und Strategieausschuss (KSA)

Beschlossen am 13.11.2017 – TOP 5 ö

Entwicklung Teilhaushalt KSA



Der vom Kreistag vorgegebene Eckwert wird leicht mit **7.877 € (+ 0,09 %) überschritten**.

Die Planung liegt **um 398.596 € über** dem Planansatz des Vorjahres.



Zusammenfassung

Ausschuss	Eckwert 2018	Derzeitiger Haushaltsentwurf	Abweichung	Festlegung heute
KSA	8.600.000	8.607.877	7.877	??
ULV (ohne KAW)	5.400.000	5.323.366	-76.634	??
LSV	12.000.000	12.184.808	184.808	??
JHA	12.800.000	12.873.234	73.234	??
SFB	16.800.000	17.107.969	307.969	??
	55.600.000	56.097.254	497.254	

Die Eckwertvorgabe des Kreistages wurde um **497.254 €** verfehlt, das sind **0,89 %**.



Folie 45

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Veränderung Plan 2017 / Entwurf 18

Ausschuss	Haushalt 2017	Haushaltsentwurf 2018	Abweichung €	Abweichung %
KSA	8.209.281	8.607.877	398.596	4,86%
ULV (o. KAW)	4.899.431	5.323.366	423.935	8,65%
LSV	11.994.105 (10.361.105)*	12.184.808	1.823.703	17,60%
JHA	12.751.173	12.873.234	122.062	0,96%
SFB	18.099.595	17.107.969	-991.626	-5,48%
Summe	55.953.585	56.097.254	143.669	0,26%

*) Einmaleffekt durch Grundstücksverkauf

Der Haushaltsentwurf 2018 sieht gegenüber dem Haushalt 2017 eine Steigerung von 143.669 € bzw. 0,26 % vor.



Folie 46

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017



Landkreis Ebersberg

Entwicklung der Personalkosten im Landratsamt

Ausführliche Darstellung SiVo Seite 17 bis 20

Die Stellenanforderungen des Jahres 2018, die im eigenen Tagesordnungspunkt behandelt wurden, sind derzeit weitgehend nicht im Haushalt eingeplant.

Folgt der Ausschuss der Empfehlung und genehmigt die zusätzlichen Stellenanforderungen, sind noch 200.735 € im Haushalt zusätzlich einzuplanen.



Landkreis
Ebersberg

Stellenmehrungen 2018

Stelle	Personalkosten 2018	Im Haushalt 2018 neu zu veranschlagen	Personalkosten 2019 ff
Bürgerbüro (2 Stellen)	19.740 €	19.740	68.100
Registrierung/ Poststelle	9.870	9.870	33.260
Fachkraft „Social Media“	54.930	27.465	54.930
Finanzmanagement (Steuerfachkraft)	18.000	0	48.240
Öffentliche Sicherheit und Ordnung (Sachbearbeitung zur Unterstützung in kommunalrechtlichen Angelegenheiten, Sicherheitsrecht)	27.460	27.460	54.920
Fachkraft Naturschutz	56.310	56.310	56.310
Bezirkssozialarbeit - sozialpädagogische Fachkraft	59.920	59.920	59.920
Jugendsozialarbeit (Schulsozialarbeit für Gemeinde Vaterstetten: 0,5 VZÄ) – Einsparung bei Zuschüssen	29.750	0	29.750
KoKi (Kinderkrankenschwester- Besetzung 0,38 VZÄ) jedoch 100% Förderung	18.240	0	18.240
3 weitere Reservestellen werden nicht kalkuliert	0	0	0
Summe zusätzliche Personalkosten	294.220	200.735	423.670

Bei Genehmigung der 10 Stellen (oder 11, falls das Sachgebiet öffentliche Sicherheit 2 Stellen genehmigt bekommt) sind lediglich Personalkosten für 7 Stellen zusätzlich einzuplanen.



Folie 49

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Zusammenfassung Asyl seit 2013

Insgesamt wurden im Landkreis seit 2013 (incl. Stellenplandiskussion 2016) 63 Stellen für Asyl geschaffen.

2017 wurden 9 Stellen endgültig eingezogen.

Von den genehmigten 47 Stellen (nach Rückgabe dieser 9 Stellen zum 01.01.2017) sind zum 31.10.2017 43,77 Stellen besetzt.

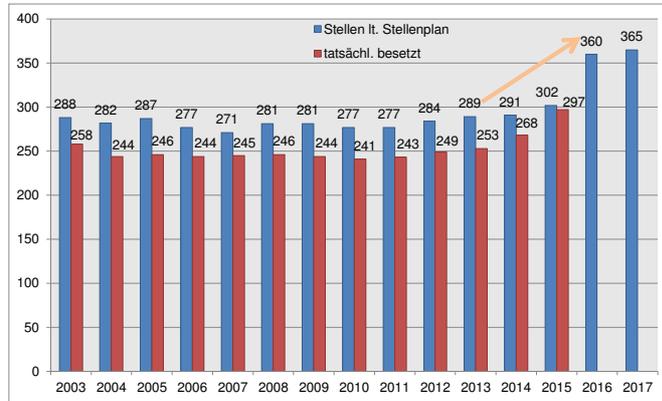
In 2018 werden weitere 4 Asylstellen abgebaut.



Folie 50

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Entwicklung des Personaleinsatzes im Landratsamt



- + 7 Stellen 2012, davon 0 Asyl
- + 5 Stellen 2013, davon 2 Asyl
- + 2 Stellen 2014, davon 2 Asyl
- + 11 Stellen 2015, davon 9 Asyl
- + 59 Stellen 2016, davon 50 Asyl
- + 5 Stellen 2017
- + 10 Stellen 2018

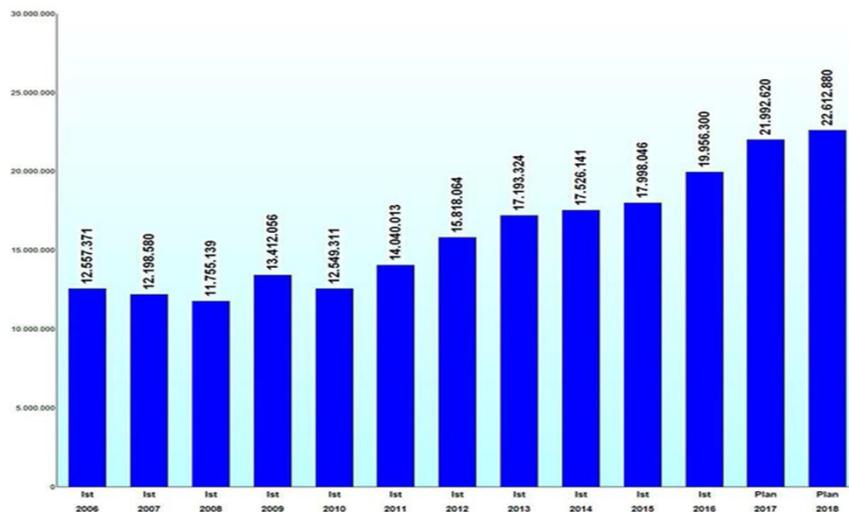
Von 2002 bis 2013 betrug der Stellenzuwachs 2 Stellen
 Seit 2013 beträgt der Stellenzuwachs 76, das sind 26 %.



Folie 51

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017

Entwicklung der Personalaufwendungen



Die feststehenden und einkalkulierten Tarifsteigerungen + 2,35 % bei den
 Beschäftigten und + 2,5 % ganzjährig bei den Beamten.



Folie 52

Brigitte Keller, KSA, 13.11.2017



Landkreis Ebersberg

Umgang mit den freiwilligen Leistungen

Freiwillige Leistungen im HH 2018

Im Haushalt 2018 werden wieder die freiwilligen Leistungen als Anlage dargestellt.

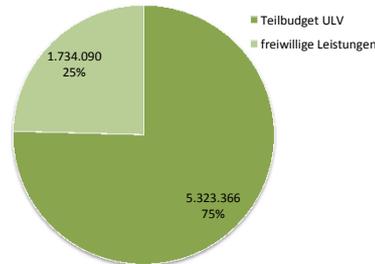
Diese Liste wurde von der AG Freiwillige Leistungen in über einjährigen Beratungen erarbeitet. Es wurden Prüfaufträge an verschiedene Fachausschüsse erteilt, die im Jahr 2018 abgearbeitet werden, vor allem im SFB und im JHA.

Die AG will sich im September 2018 wieder treffen, um zu analysieren, wie sich die freiwilligen Leistungen entwickelt haben.



Freiwillige/Gestaltbare Leistungen ULV

Es wurden 10 freiwillige Leistungen mit einem Volumen von gut 1,7 Mio. € identifiziert.



Neu im Haushalt 2018:

- „Das Jahr der Biene“
- Ersatz von Biberschäden
- Zuschuss Carsharing

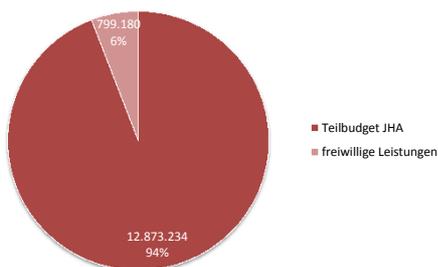
Die größte Leistung ist der ÖPNV, dessen Ausgestaltung, nicht dessen Existenz eine freiwillige Leistung darstellt. Steuerung erfolgt durchaus erfolgreich über den Kostendeckungsgrad.



Folie 55

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Freiwillige / Gestaltbare Leistungen JHA



Es wurden 28 freiwillige Leistungen mit einem Volumen von gut 800.000 € identifiziert.

Die als diskussionswürdig bzw. anpassbar identifizierten Leistungen werden im nächsten Jahr Gegenstand von Beratungen des Jugendhilfeausschusses sein.

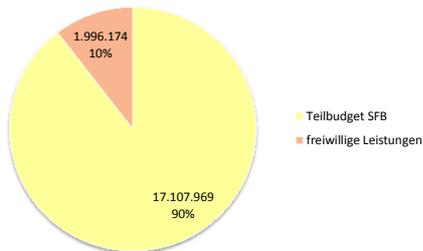


Folie 56

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Freiwillige / Gestaltbare Leistungen SFB

Es wurden 23 freiwillige Leistungen identifiziert mit einem Volumen von fast 2,0 Mio. €.



Die freiwilligen Leistungen im SFB-Ausschuss reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 125.000 €.

Die als rot und gelb gekennzeichneten Leistungen werden im nächsten Jahr Gegenstand von Beratungen des SFB-Ausschusses sein.

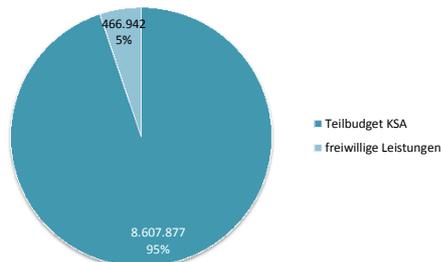


Folie 57

KSA 13.11.2017

Freiwillige / Gestaltbare Leistungen KSA

Es wurden 5 freiwillige Leistungen identifiziert mit einem Volumen von 467.000 €.



Die freiwilligen Leistungen im KSA-Ausschuss reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 20.000 €.

Die größten Positionen an freiwilligen Leistungen im KSA stellt der soziale Wohnungsbau (164.200 €) und die Zuschüsse an die Energieagentur gGmbH (185.361 €) dar.



Folie 58

KSA 13.11.2017



Landkreis Ebersberg

Investitionen 2018 und Finanzierung (Kreditbedarf)

Investitionen der Teilhaushalte (Anlage 5)

	Investitionen	Investitionen
	2017	2018
Kreis- und Strategieausschuss	3.142.586	3.191.361
Jugendhilfeausschuss	31.900	21.900
SFB-Ausschuss (ohne Schulen)	1.553.350	190.518
SFB-Ausschuss (Schulen)	601.200	1.219.020
ULV-Ausschuss	2.135.900	3.987.150
+ Kommunale Abfallwirtschaft	441.000	285.500
LSV-Ausschuss	6.061.325	17.081.380
Allgemeine Finanzwirtschaft	-1.100.000	-1.200.000
Summe	12.867.261	24.776.829

Das Investitionsvolumen liegt um 11.909.568 € über dem Vorjahr.



Kreditportfolio zum 31.12.2017

Nummer	Zinssatz	Zinsbindung bis	Vertragslaufzeit	Restschuld am 31.12.2017
DARL0001	4,65	30.06.2028	30.06.2028	3.352.965,90
DARL0005	4,37	30.12.2018	30.12.2018	51.129,32
DARL0016	2,83	30.03.2024	30.03.2024	2.969.516,19
DARL0017	2,83	30.03.2024	30.03.2024	170.727,46
DARL0060	5,16	30.09.2019	30.09.2019	313.166,25
DARL0061	3,06	30.12.2027	30.12.2027	2.500.000,00
DARL0065	1,15	15.02.2019	15.02.2019	240.304,00
DARL0067	4,35	15.02.2024	15.08.2028	1.383.425,00
DARL0068	1,36	15.02.2020	15.02.2020	479.875,00
DARL0070	0,00	16.11.2021	16.11.2031	2.259.600,00
DARL0077	0,00	30.03.2025	30.03.2035	5.175.000,00
DARL0078	0,00	29.03.2026	15.02.2036	602.250,00
DARL0079	0,59	30.03.2019	30.03.2019	641.565,96
DARL0080	0,24	30.03.2020	30.03.2032	7.125.000,00
DARL0083	0,26	30.09.2020	30.09.2032	5.162.500,00
DARL0085	0,11	30.12.2018	30.12.2032	6.000.000,00
DARL0086	0,00	29.03.2026	15.02.2036	310.250,00
DARL0087	0,05	15.05.2026	15.02.2036	974.932,00
DARL0088	0,05	15.05.2026	15.02.2036	544.617,00
DARL0089	0,08	30.06.2020	30.06.2028	5.250.000,00
DARL0091	0,00	19.10.2026	15.08.2036	909.375,00
DARL0092	0,00	19.10.2026	15.08.2036	215.625,00
Summe				46.631.824,08
PPP Kirchseeon	4,76	01.09.2028	01.09.2028	6.039.274,45



Landkreis Ebersberg

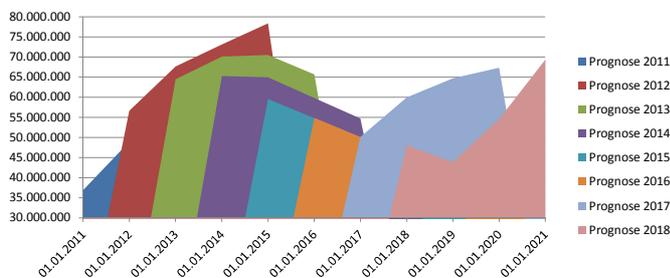
Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Ursachen für die Entspannung

Guter Verlauf der Haushalte 2013, 2014, 2015 und auch 2016:

Überschuss 2013: 5.207.404 € Überschuss 2016: 10.652.371 €
 Überschuss 2014: 8.645.818 €
 Überschuss 2015: 7.474.720 €

Mit diesen Überschüssen ist die Einhaltung der Finanzleitlinie derzeit nicht gefährdet, neue Investitionen brauchen aber entsprechende Ergebnisüberschüsse.



Die Verschuldung wird wieder ansteigen



Landkreis Ebersberg

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Kreditaufnahmen 2018 - 2021

Die Verschuldung kann sich 2018 nochmals entspannen und auf 48 Mio. € sinken. Dies ist von folgenden Faktoren abhängig:

- Ein möglichst hoher Ergebnisüberschuss (über 9 Mio. €)
- Investitionstätigkeit v.a. im Schulbereich
- Entwicklung der Liquidität

Der Aufbau der Verschuldung ist in der Finanzplanung derzeit wie folgt abgebildet:

2018: 6 Mio. €, 2020: 15 Mio. €, 2021: 20 Mio. € - Summe: **+ 41 Mio. €**

Damit wird die Verschuldung bis Ende 2021 wieder auf 69,3 Mio. € ansteigen.



Folie 63

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

6 Mio. € Kreditbedarf 2018

Ein Kredit mit einer Restschuld von 3.437.500 € und einem Zinssatz von 0,91 % ist zum 30.12.2017 zur Umschuldung fällig. Er wird zurückgezahlt.

An seine Stelle wird 2018 ein neuer Kredit für die Teilgeneralisierung am Gymnasium Grafing treten, der zu sehr viel günstigeren Konditionen abgerufen werden kann. Es wird mit einer Verzinsung in Höhe von 0,00 % (Laufzeit 10 Jahre) und einem Tilgungszuschuss von bis zu 17,5 % geplant.



Folie 64

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

15 Mio. € Kreditbedarf 2020 20 Mio. € Kreditbedarf 2021

Unter Berücksichtigung der Finanzplanung sind hier für die Umsetzung des Masterplans Schulen 35 Mio. € in den Jahren 2020 und 2021 vorgesehen und ebenfalls dauerhaft jährliche Ergebnisüberschüsse von 10 Mio. €.

Je höher die Ergebnisüberschüsse sind, um so weniger Kredite werden notwendig sein.



Folie 65

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Von der Warteliste in den Haushalt

Folgende Maßnahmen hat der Kreistag von der Warteliste genommen und sollen in den Haushalt 2018 bis 2021 eingeplant werden:

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamtkosten, teilweise Schätzungen
Gymnasium Grafing: Umbau kleine Pausenhalle zusammen mit der Teilgeneralsanierung des Bauteils 1	956-0018	440.000
Gymnasium Vaterstetten: Erweiterung auf 1.500 Schüler und Ersatz der Containerklassenzimmer	957-0013	10.969.612
Gymnasium Vaterstetten: Ausstattung Möbel und EDV- Hardware	850-B004	740.500
EBE 20: Sanierung von Steinhörling bis EBE 6	910-20-012	1.000.000

Der Investitionsbedarf erhöht sich dadurch um 13.150.112 €.



Folie 66

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Warteliste 2018

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamtkosten, teilweise Schätzungen
Kreislinik Ebersberg gGmbH – diverse Maßnahmen	041-ZUB-SH	5.000.000 €
Dr.-Wintrich-RS Ebersberg: Generalsanierung des Verwaltungsgebäudes in der Variante Teilneubau	953-xxx	ca. 4.400.000 €
zusätzliche Turnhalleinheit am Gymnasium Grafing	956-0008	ca. 2.500.000 €
Humboldt-Gymnasium Vaterstetten: Errichtung einer zusätzlichen Halleneinheit	957-xxx	ca. 2.500.000 €
Gymnasium Poing: Errichtung eines Gymnasiums in Poing	xxx-xxx	ca. 60.000.000 € (Bruttokosten)
Gymnasium Kirchseeon: Erweiterung Gymnasium Kirchseeon	959-xxx	ca. 7.000.000 € (Bruttokosten)
Gymnasium Markt Schwaben: Generalsanierung Bauteil D	958-xxx	ca. 3.000.000 €
Johann-Comenius-Schule SFZ Grafing: Erweiterung für Stütz- und Förderklassen	965-xxx	ca. 2.100.000 €
Saerosenschule SFZ Poing: Erweiterung des Sonderpädagogischen Förderzentrums	xxx-xxx	ca. 1.600.000 €
Berufsschule im Landkreis Ebersberg: Errichtung eines Berufsschulzentrums Ebersberg-München Land mit Berufsschule, Berufsfachschule und Fachakademie	xxx-xxx	ca. 50.000.000 € (Bruttokosten)
Berufliche Oberschule	xxx-xxx	Noch offen
Realschule Vaterstetten: Auflösung, Trennungskosten für die Auflösung des Zweckverbandes Staatliche Realschule Vaterstetten	xxx-xxxx	ca. 5.000.000 €

Diese Investitionen befinden sich derzeit nicht in der Haushalts- und Finanzplanung des Kreishaushalts.

Im Detail können sie der Anlage 7 entnommen werden.

Die Warteliste enthält ein Investitionsvolumen in Höhe von 143,1 Mio € (Bruttokosten, d.h. ohne Zuschüsse)



Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Zinsen

	IST 2009	IST 2010	IST 2011	IST 2012	IST 2013	Ist 2014	Ist 2015	Ist 2016	Plan 2017	Plan 2018	Abweichung
Zinserträge	-1.448.759	-1.384.603	-2.076.685	-540.004	-1.025.264	-795.401	-19.856	-622.348	-4.000	0	4.000
Zinsaufwendungen	3.006.444	2.253.938	2.706.185	1.478.767	2.115.379	1.691.177	760.089	1.228.435	525.121	464.602	-60.519
Netto	1.557.685	869.335	629.500	938.763	1.090.115	895.776	740.234	606.086	521.121	464.602	-66.519

Zinsen für Gymnasium Kirchseeon

	IST 2009	IST 2010	IST 2011	IST 2012	IST 2013	Ist 2014	Ist 2015	Ist 2016	Plan 2017	Plan 2018	Abweichung
Zinsaufwendungen	419.370	392.669	402.587	387.206	371.077	354.164	336.299	317.959	298.400	298.400	0

Die Zinsen spielen kaum eine Rolle im Kreishaushalt. Der größte Teil der Zinserträge stammt aus den Eigenbeteiligungsdarlehen gegenüber der Kreislinik.

Der Kreishaushalt selbst erzielt so gut wie keine Zinsen mehr.

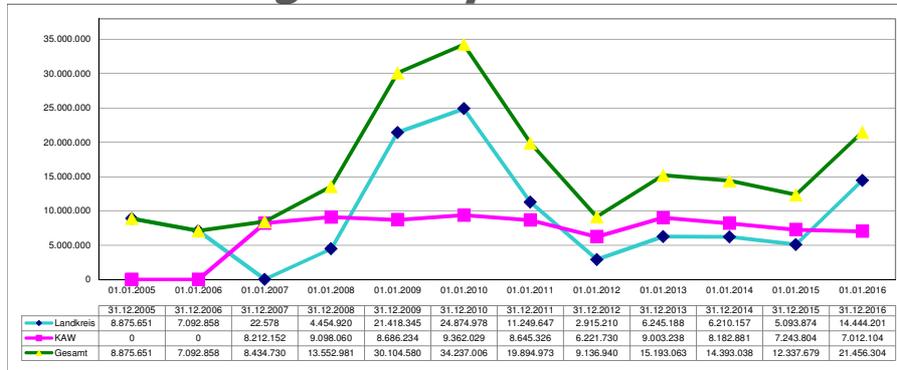
Die Zinsaufwendungen für PPP Kirchseeon sind separat dargestellt, sie sind vom Finanzmanagement nicht zu beeinflussen. Sie sind auch nicht Teil der Zinssicherung. Die Zinsen für die Restschuld in Höhe von 6,0 Mio. € sind inzwischen fast so hoch wie für das komplette Portfolio von 46 Mio. € des Landkreises.



Folie 68

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Entwicklung der Liquidität



In den letzten Jahren ist eine steigende Tendenz der liquiden Mittel zu beobachten. Dies liegt an den hohen Ergebnisüberschüssen der letzten Jahre.



Landkreis
Ebersberg

Folie 69

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Schuldenentwicklung in OBB

Landkreis	Schulden EW 2008	Schulden EW 2009	Schulden EW 2010	Schulden EW 2011	Schulden EW 2012	Schulden EW 2013	Schulden EW 2014	Schulden EW 2015	Veränderung
Allötting	275	311	314	308	280	256	230	206	-24
Bad Tölz-Wolfratshausen	349	333	315	495	462	446	411	390	-21
Berchtesgadenener Land	258	240	255	251	232	229	269	247	-22
Dachau	318	303	279	242	209	157	133	87	-46
Ebersberg	379	324	375	369	466	496	458	409	-49
Eichstätt	1	0	0	0	6	6	6	6	0
Erding	172	154	237	162	132	91	60	7	-53
Freising	336	309	285	272	303	286	236	211	-25
Fürstenfeldbrunn	341	481	445	408	401	371	349	353	4
Garmisch-Partenkirchen	201	216	204	193	179	248	333	349	16
Landsberg	451	442	440	438	490	481	444	515	71
Miesbach	457	433	465	666	771	804	1217	1112	-105
Mühlendorf	648	626	607	607	577	570	534	506	-28
München	27	26	24	30	55	111	108	157	49
Neuburg-Schrobenhausen	271	258	259	244	282	298	277	254	-23
Pfaffenhofen	29	25	21	17	13	10	50	54	4
Rosenheim	289	331	381	402	420	428	421	399	-22
Starnberg	195	159	128	105	81	67	52	37	-15
Traunstein	367	405	428	422	436	417	409	376	-33
Weilheim-Schongau	208	182	206	183	169	156	132	142	10

3 Landkreise haben eine höhere Verschuldung als EBE.



Landkreis
Ebersberg

Folie 70

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Schuldenentwicklung

Die Schulden des Landkreises betragen **409 €** pro Einwohner
(Stand: 31.12.2015).

Der Bayerischen Schnitt bei der Landkreisverschuldung beträgt
244 € / EW (Stand: 31.12.2015)

Der oberbayerische Schnitt bei der Landkreisverschuldung beträgt
285 € / EW (Stand: 31.12.2014)

Die Verschuldung wird im nächsten Jahr noch mal sinken, bevor
sie in den Jahren danach wieder ansteigen wird.



Folie 71

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Gesamtaussage Finanzmanagement

Der Haushalt des Landkreises weist aktuell einen
Ergebnisüberschuss von 9.090.300 € aus. Dieser Überschuss ist
von folgenden Faktoren beeinflusst ist:

- (Pauschal-)kürzungen in den Teilhaushalten von über 1 Mio. €
- Unveränderte Höhe der Kreisumlage bei 47,5 %
- Vorläufige Planung der Schlüsselzuweisungen, Krankenhausumlage und sonstige FAG-Zuweisungen, endgültige Daten auf Basis der Einwohnerzahlen zum 31.12.2016 erst Mitte Februar 2018 verfügbar

Mit dem Überschuss von 9 Mio. € können von den 24,8 Mio. € Investitionen im Kreishaushalt 2018 knapp 36 % über geplante Eigenmittel finanziert werden. Die restlichen 64 % müssen und können aus den Liquiditätsreserven des Kreishaushalts finanziert werden.



Folie 72

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Beschlussvorschlag

Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

1. Die Fachausschüsse erhalten folgende Teilbudgets:

- a) Dem Kreis- und Strategieausschuss wird ein Teilbudget in Höhe von 8.607.877 € [derzeitiger Entwurfsstand] zur Verfügung gestellt.
- b) Dem LSV-Ausschuss wird ein Teilbudget in Höhe von 12.184.808 € [derzeitiger Entwurfsstand] zur Verfügung gestellt.
- c) Dem ULV-Ausschuss wird ein Teilbudget in Höhe von 5.323.366 € [derzeitiger Entwurfsstand] zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus plant der Teilhaushalt der Kommunalen Abfallwirtschaft (Kostenrechnende Einrichtung) ein ausgeglichenes Ergebnis von 0 €.
- d) Dem Jugendhilfeausschuss wird ein Teilbudget in Höhe von 12.873.234 € [derzeitiger Entwurfsstand] zur Verfügung gestellt.
- e) Dem SFB-Ausschuss wird ein Teilbudget in Höhe von 17.107.969 € [derzeitiger Entwurfsstand] zur Verfügung gestellt.



Folie 73

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017

Beschlussvorschlag

Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 2. An Investitionen werden im Haushalt 2018 Mittel in Höhe von 24.776.829 € [derzeitiger Entwurfsstand] eingeplant.**

- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 04.12.2017 den Haushalt 2018 unter Berücksichtigung der Korrekturen zu erstellen und die Haushaltssatzung vorzubereiten.**



Folie 74

Kreis- und Strategieausschuss 13.11.2017